

Sozialdemokrat

Zentralorgan der **Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei** in der tschechoslowakischen Republik.

2. Jahrgang.

Sonntag, 10. September 1922.

Nr. 213.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—
Anstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Späte und halbe Maßnahmen.

Wo es gilt, eine drohende Katastrophe zu verhindern, ist jede Minute kostbar. Denn das Leben und Glück unzähliger kann an der Raschheit und Entschiedenheit des Eingreifens hängen. Deshalb hat die Regierung dieses Staates unverantwortlich gehandelt, wenn sie die Industriekrise ins Riesengroße anwachsen ließ, ohne etwas zu versuchen, um die Ursachen des Uebels an der Wurzel zu packen, um den Uebermut scharfmacherischer Unternehmer zu brechen und dem Massenheer der Arbeitslosen eine Notbeschäftigung zu verschaffen. Heute endlich, spät, sehr spät, tritt die Regierung mit einem Wirtschaftsprogramm auf den Plan und es müßte doppelt energisch und durchgreifend sein, um das durch das lange Börgern fürchtbar gesteigerte Unheil irgendwie lindern zu können. Es müßte. Aber leider gleicht es allem, was die Regierung Venes bisher unternahm, aufs Haar. Es macht höfliche und vielleicht auch wohlgemeinte Verbeugungen vor der Demokratie und dem sozialen Bewußtsein, beschwichtigt nach links und befähigt nach rechts, verspricht viel und vielerlei und tut doch denen, die in diesem Staate den Ton angeben, den Produzenten in Landwirtschaft und Industrie und den Finanzherren, heileise nicht weh.

Schon die Form, in die sich das Aktionsprogramm kleidet, enthüllt dessen innere Schwäche. Es nennt sich „Aufruf an die Bevölkerung“, beginnt mit der feierlich pathetischen Ansprache „Bürger“ und appelliert an den — guten Willen der Bestehenden. Wüßten wir nicht, daß das ehrlich gemeint ist, müßten wir es für böseste Ironie halten. Wo und wann hat je Einsicht oder soziales Pflichtgefühl die Handlungen der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt und sie gehindert, eine sich bietende Konjunktur voll und ganz auszunutzen? Und welcher nüchterne Kenner der wirklichen Welt wird glauben wollen, daß die Wunden, die der hohe Kronenkurs dem Export des Staates geschlagen hat, durch freiwilligen Verzicht seiner Nutznießer geheilt werden können? Die Herren, die es angeht, werden vielmehr das, was ihren Ohren wohl tut, aus dem „Aufruf“ herauslesen und in die Tat umzusetzen suchen: daß einem theoretischen Abbau der Preise ein Lohnabbau parallel gehen müsse, die übrigen guten Lehren aber werden sie verständnisvoll lächelnd in den Kamin schreiben. Es entbehrt schließlich nicht des pikanten Reizes, daß just der aller teuerste Unternehmer dieses Staates, der Staat selber, so salbungsvoll daheredet. Ermäßige er doch die Monopolpreise! Setze er doch alle Fracht- und Personentaxen, die das valutastärkste Ausland überbieten, und das Uebermaß der Verbrauchs- und Umsatzsteuern herab! Wir brauchen Laten, nicht Worte!

Die von der Regierung klar ausgesprochene Erkenntnis, daß die Valutakrise aller heutigen Uebel letzter Grund sei, dürfte nicht mit einer Predigt schließen und mit einem patriotischen Lobgesang beginnen, sondern sie müßte durch eine großzügige Außenpolitik die zusammengebrochenen Valuten der Nachbarstaaten wieder aufrichten helfen. Deutschlands Los ist unser wie Europas Los, und darum treibt nur der, der Deutschlands Währung heilen hilft, eine richtige tschechische Währungspolitik. Davon liest man im „Aufruf“ nichts und ebenso vernimmt man unter den angefügten Sparmaßnahmen jene, die allein wirksame Abhilfe schaffen könnte: gründliche Einschränkung des Militarismus.

Der spezielle Teil des „Aufrufes“ weist gute Vorläufe in Menge auf. Was der Vorstand der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in seiner jüngsten Kundgebung an die Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert hat, taucht hier zum großen Teil als Regierungsprogramm auf. Umfangreiche Notstandsmaßnahmen sollen den Arbeitslosen ein Einkommen schaffen, die Unterstützungen sollen erhöht, die Willkür der Unternehmer bei Kündigungen soll eingeschränkt, der Wucher streng gefaßt, die Preisbildung überwacht, die Koh-

Die Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise.

In einer erweiterten Sitzung, die gestern in Prag tagte, beschäftigte sich die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Wirtschaftskrise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und den zahlreichen Kündigungen der Kollektivverträge. Die Beratungen währten den ganzen Tag und führten zu einer Reihe von Beschlüssen, die als Weisungen an die der Kommission angeschlossenen Organisationen und an die Kreisgewerkschaftskommissionen hinausgegeben werden.

Die Sitzung befaßte sich ferner mit den von der Regierung angeblich beabsichtigten Maßnahmen zur Milderung der gegenwärtigen Krise. So weit darüber Berichte in den Tagesblättern enthalten sind, zeigen sie, daß es sich um ganz unzureichende Schritte handelt, die im Ministerrat beschlossen worden sind. Endgültig dazu Stellung nehmen werden die drei Gewerkschaftsvertretungen der Tschechoslowakei in einer gemeinsamen Konferenz, die nächsten Mittwoch in Prag stattfindet.

Aufruf der Regierung an die Bevölkerung.

Die Regierung hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in welchem es u. a. heißt:

Bürger!

Seit dem Entstehen unseres Staates vertreten familiäre Parteien der Nationalversammlung den Standpunkt, daß wir keine ungedeckten Banknoten drucken dürfen und daß wir mit allen Kräften bemüht sein müssen, die durch den Krieg zerrüttete Währung in Ordnung zu bringen. Wir haben auf diesem Wege in schweren Zeiten ausgeharrt. Umsomehr sind wir verpflichtet, diesen Weg heute einzuhalten, wo das Vertrauen des Auslandes in die politische und wirtschaftliche Konsolidierung unserer Republik wächst und sich auch durch Anleihen des Auslandes kundgegeben hat. Wir werden auf dem bisherigen Wege nicht nur deshalb ausweichen, weil er uns zur Heilung der wirtschaftlichen Räte der Nachkriegszeit führt, sondern weil er auch die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Republik festigt und sichert.

Die ihre Währung zerrüttenden Staaten brachten und bringen bisher die übrigen Staaten, welche Schritte anstreben, in wirtschaftliche Schwierigkeiten, u. zw. dadurch, daß sie um billigeres Geld ausführen. Die tiefgesunkene Währung einiger Staaten schied und scheidet immer mehr aus dem Konsum der Erzeugnisse der Exportstaaten einen großen Prozentsatz der europäischen Bevölkerung aus und führt dadurch eine Weltwirtschaftskrise herbei. Wir wissen, daß das Steigen der Kronen auf den internationalen Märkten geeignet ist, diese Krise zu verschärfen; wir sind aber überzeugt, daß wir diese Krise überwinden können, ja müssen, durch

Anpassung der inneren heimischen Kaufkraft der Krone an ihren internationalen Kurs.

Dies ist durch bloße Dekrete und Befehle nicht zu erreichen. Die sittliche Kraft des Bürgertums muß erwachen.

Die Regierung bereitet das Budget für das nächste Jahre mit der

größten Sparsamkeit

vor, damit die Steuer ermäßigt und hierdurch die Verbilligung der Produktion unterstützt werden könne. Gleichzeitig fordert die Regierung alle Gemeinde-, Bezirks-, Gau- und Landesverwaltungen, Bezirks- und Landesschulräte, Handels- und Gewerbekammern auf, in ihren Ausgaben zu sparen. Die Selbstverwaltung muß ihre Reize zeigen.

An alle unsere produktiven Schichten der Landwirtschaft und Industrie, der Unternehmer und der Arbeiter richten wir den

lenabgabe, Zölle und Tarife herabgesetzt werden und auch die Zulage der Regierung nehmen wir als bindendes Versprechen zur Kenntnis, daß an irgendwelche neuen Schutzzölle nicht gedacht wird. Der Parteivorstand, der am kommenden Dienstag, und die Gewerkschaftsverbände, die am Mittwoch gemeinsam tagen werden, werden nicht verfehlen, jene der angekündigten Maßnahmen, hinter die sie sich stellen können, mit Nachdruck zu unterstützen und der Regierung dort, wo sie nicht recht zu wollen scheint, den notwendigen Weg zu weisen.

Und der ist, das muß sich die Regierung gesagt sein lassen, alles eher denn leicht. Sie wird, wenn ihre Pläne nicht gute Vorläufe zeigen sollen, harte Widerstände der Kapitalisten aller Gattungen zu überwinden haben, und dazu wird sie nur stark genug sein, wenn sie den Willen des Volkes sichtbar hinter sich hat. Es glüht und lobert überall im Proletariat und im einstigen Mittelstand, und die

eindringlichen Appell, daß sie durch Verbesserung des Produktionsverfahrens und der Organisation größtmögliche Sparsamkeit und erhöhte Leistungsfähigkeit beobachten, derart, daß die bei der Erzeugung beschäftigten tüchtigen Kräfte gut entlohnt, zugleich aber auch die Erzeugnisse billiger verkauft werden können. Der gute Kurs der Krone wird die Lebenshaltung verbilligen, naturgemäß aber auch die Einkünfte herabsetzen, da um die wertvollere Krone mehr gekauft wird. Unser

Landwirtschaft

ist bei freier ausländischer Konkurrenz, die erste, die sich ohne Rücksicht auf ihre Remotabilität in den Preisen ihrer Produkte dem Weltmarkt anpaßt. Es wäre ungerecht, daß der Landwirt nicht ebenfalls angemessen billiger das erhalten sollte, was er von der sonstigen Reproduktion und der Industrie braucht, wenn er durch seine Anpassung an den erhöhten Kurs der Krone deren Kaufkraft für alle übrigen Schichten erhöht hat. Daran ersuchen wir, daß der erhöhte Kronenkurs und alle zu bürgerlicher Solidarität aufsteht. Wir bestreiten nicht, daß

Industrie und Handel

bei den zu höheren Preisen erzeugten oder angekauften Vorräten der Gefahr von Verlusten ausgesetzt sind. Diese Verluste können jedoch nicht vermieden werden, wenn man die Preisherabsetzung verzögert oder mit ihr zaudert. Der steigende Kurs der Währung unterstützt die Einfuhr aus dem Auslande. Unser Handel und unsere Industrie können nicht zulassen, daß der heimische Markt sich mit eingeführten billigeren Waren anfülle und daß die Leute ins Ausland pilgern, um ihren Bedarf zu decken. Richtig handeln nur jene, die teuer erzeugte oder eingekaufte Ware billiger verkaufen, selbst mit Verlust, indem sie damit rechnen, daß sie an Waren verdienen können, welche sie zu billigeren Preisen erzeugen oder einkaufen werden. Unsere Bevölkerung muß sich dessen bewußt sein, daß wir als Exportstaat

keine Schutzpolitik

treiben und nicht durch Einfuhrverbote die Zufuhr von Waren aus dem Auslande dauernd regulieren können, da abgeschlossene Handelsverträge dies verhindern und dort wo keine Verträge bestehen, gegen uns Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden können. In all den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit können wir nicht noch Zollkriege hervorrufen.

Lohe der Empörung soll an der Stätte empor schlagen, die als Volktribüne geschaffen ist, im Parlament. Seine Einberufung fordern wir laut und ausdrücklich; wo es um Sein und Nichtsein aller geht, muß der berufene Repräsentant der Allgemeinheit, das Parlament entscheidend und Richtungweisend eingreifen können! Und es muß rasch geschehen, weil die Notstandsmaßnahmen keinen Tag Aufschub mehr dulden. Nicht länger mehr darf sich die Regierung auf die Nationalversammlung und die Nationalversammlung auf die Regierung ausbreiten. In gemeinsamer Arbeit müssen die beiden Faktoren des öffentlichen Lebens zeigen, in welchem Ausmaße sie den Forderungen der Stunde gewachsen sind, nur so kann das Volk sehen, wer seine wertvollsten Lobredner und wer seine wahren, Laten und nicht Phrasen fordernden Freunde sind.

Die Banken und Geldinstitute

müssen durch Herabsetzung des Zinsfußes und der Kreditbedingungen der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe behilflich sein, wenn sie tatsächlich ihre Aufgabe in der Volkswirtschaft gehörig erfüllen wollen. Von ihnen erwarten wir auch, daß sie die Bestrebungen der Staatsverwaltung auf Einschränkung der Spekulation und Beseitigung der Spielgeldwirtschaft, welche die Beschaffung des berechtigten Bedarfes an fremden Zahlungsmitteln nur erschwert, unterstützen werden. Wir fordern auch die

Konsumenten

auf, billigere Einkaufsquellen aufzusuchen und dadurch auf die Preisherabsetzung einzulwirken und durch ihre Bestellungen den Geschäftsmann und Gewerbetreibenden zu beschonen, der billiger verkauft oder erzeugt.

Die

Regierung selbst

hat sich, diese Gesichtspunkte im Auge behaltend, mit diesen Fragen eingehend und wiederholt befaßt und verfügt oder wird in der nächsten Zeit im Rahmen ihrer geschichtlichen Befugnisse und unter Voraussetzung der gegebenenfalls erforderlichen Genehmigung der verfassungsmäßigen Instanzen folgende Maßnahmen treffen:

Das Ministerium für Volksernährung hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien die Preisangabe in den Gewerben und Verkaufsstellen angeordnet und wird darauf achten, daß diese Maßnahme konsequent durchgeführt werde. Die zuständigen Ministerien werden ein Verbot erlassen, daß Preisnachlässe bloß in Prozenten ohne Angabe des alten und des neuen Preises angelündigt werden.

Es wird eine Verordnung erlassen werden, durch welche es ermöglicht werden wird die Ursachen zu kontrollieren, aus welchen die Arbeit in den Betrieben eingeschränkt oder eingestellt wird. Die Regierung wird dann die weiteren notwendigen Maßnahmen in Erwägung ziehen.

Die Ministerien werden noch vor der verfassungsmäßigen Behandlung des Staatsbudgets für das Jahr 1923 auf Rechnung des Bedarfes des Jahres 1923 absolut unentbehrliche Materialien ihrer Ressorts bestellen. Notwendige öffentliche Bauten, wie Elektrizitätswerke, Meliorationen, Regulierungen, Talsperren, Straßen, Brücken, Erdbauten, werden beschleunigt durchgeführt werden, ebenso die Arbeiten, welche Eisenbahnbauten betreffen.

Es werden Schritte auf Herabsetzung des Zinsfußes von Anleihen bei Geldinstituten getan werden. Die Regierung bereitet eine Novellierung des Gesetzes über die Kohlenabgabe im Sinne von Erleichterungen und zweckmäßigen Reformen vor.

Weiters wird der Nationalversammlung beantragt werden: Den für die Arbeitslosenunterstützungen im Budget für das heurige Jahr bewilligten Betrag zu erhöhen; die Kündigungsfristen für die Dauer der Industriekrise bei Massenentlassungen aus der Arbeit durch ein Gesetz zu regeln, durch ein Gesetz die administrative Bestrafung von Wucher einzuführen und durch gesetzliche Vorschriften Abmachungen über Aufrechterhaltung von hohen Preisen sowie jedwede andere Vereitelung des Verbilligungsprozesses zu verhindern. Die Preisvereinbarungen der Gewerbetreibenden werden einer Revision unterzogen werden. Die Zoloeffizienten werden, wo es die gegenwärtige wirtschaftliche Lage dringend erfordert, abgeändert werden. Es werden Ermäßigungen der Eisenbahntarife gewährt werden, u. zw. vorläufig für einige wichtige Lebensbedürfnisse. Die Posttarife werden allmählich herabgesetzt werden.

Außer den beantragten und zur Durchführung für die gegenwärtige Zeit reifen Maßnahmen wird behufs Lösung der wirtschaftlichen Fragen eine Enquete von Fachleuten über die dringenden wirtschaftlichen Probleme einberufen werden.

Konferenz der Kleinen Entente-Finanzminister in Prag.

Paris, 9. September. „Journal des Debats“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß die Finanzminister der Kleinen Entente zu einer Konferenz in Prag zusammenzutreten beabsichtigen, in der unter verschiedenen Finanzfragen vor allem die Stabilisierung der Währung erörtert werden soll. Ueber das Datum sei jedoch noch nichts bekannt.

Die Krise im Bergbau und die Bergwerksbesitzer.

In den Beschlüssen der koalitierten Bergarbeiterverbände, die — wie bekannt — in der Sitzung am 4. September gefaßt wurden, wird der Rechtsstandpunkt, den die koalitierten Bergarbeiterverbände zu der Kündigung der Lohnverträge im Bergbau einnehmen, festgelegt. Die katastrophale Zunahme der Krise in der Kohlenproduktion, die ihre Ursache in den allgemeinen Betriebseinstellungen des Inlandes und in der Exporteinschränkung infolge der Valutaunterschiede hat, versuchen nun die Bergwerksbesitzer — man kann das ohne Übertreibung aussprechen — in unverschämter Weise für ihre Profit- und Machtinteressen auszunützen.

Als ein geradezu typisches Beispiel dafür kann das Verhalten der Ostrauer Bergwerksbesitzer bezeichnet werden. Die Bergwerksbesitzer hatten nach dem Wortlaut des am 22. Mai 1922 abgeschlossenen Übereinkommens über Bedingungen und Produktion auf Grund der gesunkenen Durchschnittsleistung das Recht, einen Lohnabbau von 1.68 Kronen pro Schicht zu verlangen. Eine Konferenz der Ostrauer Vertrauensleute erkannte dies ausdrücklich an, obzwar, streng genommen, die Bergarbeiter an dem Rückgang der Durchschnittsproduktion schuldlos sind; denn der Produktionsausfall ist durch das vermehrte Einlegen von Feiertagschichten verursacht. Wenn in der Woche nur drei Tage gefördert wird, so belasten eben die immerhin beträchtlichen Grubenhaltungsschichten für sieben Tage die drei Fördertage, während sie normalerweise auf sechs Fördertage verteilt, weit weniger zum Ausdruck kommen. Aber wie gesagt, die Bergarbeiter erklären, mit der entsprechenden des Vertrages begründeten Lohnherabsetzung einverstanden zu sein. Mit Zuschrift vom 25. August d. J. gaben sie die Bedingungen des Lohnvertrages, welcher mit 1. September 1922 in Gültigkeit treten sollte, den Organisationen bekannt. Sie verlangen:

1. Aufhebung der Sechsstundenschicht an Samstagen;
 2. Teilung der Achtstundenschicht der Ober- und Untertagearbeiter derart, daß vormittags fünf Stunden und nach einer mindestens einstündigen Mittagspause, drei Stunden nachmittags gearbeitet wird, also praktisch die Neunstundenschicht wieder.
 3. Der bisher festgesetzte Häuerdurchschnittslohn von 60 Kronen wird an die Durchschnittsleistung, 7.57 Meterzentner, geknüpft. Bisher 7 bis 7.57 Meterzentner. Für je zehn Kilogramm als diese Durchschnittsleistung steigt oder sinkt, wird der Lohn um 80 Heller erhöht oder erniedrigt.
 4. Der bestehende Minimallohn, der 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes beträgt, soll auf 60 Prozent herabgesetzt werden.
 5. Der prozentuelle Anteil der Anteil der Schlepper und Skipper an dem Gebinde wird nur bei befriedigender Leistung garantiert. Der Häuer soll berechtigt sein, die Herabsetzung des prozentuellen Satzes bis zu zehn Prozent vorzuschlagen.
 - Nach Punkt 6. des Unternehmervorschlages werden die Schichtlöhne von Häufern, Punktierern und Schleppern um zwei bis 4 Kronen herabgesetzt. Unter
 7. verlangen die Unternehmer ab 8. September 1922 die Herabsetzung aller Regellöhne um zehn Prozent.
 8. Gewährung von Deputatlohn nur für die tatsächlich verfahrenen Schichten.
- Und endlich verlangen die Ostrauer ganz bescheidenen Herren, daß die monatliche Zahlung wieder eingeführt werde.
- Das sind die Mittel nach Ansicht der schon ganz übermütig gewordenen Bergwerkskapitalisten, mit welchen die Krise im Bergbau bekämpft werden soll. Länger, mehr und billiger arbeiten, so lautet das Rezept der Bergbesitzer! Die Beseitigung der Sechsstundenschicht an Sam-

stagen, was soll diese Forderung der Unternehmer? Seit vielen Monaten und noch viele Monate wird an Samstagen überhaupt nicht gearbeitet. Mehr Arbeit, zu welchem Zwecke? Da doch jedes Kind weiß, daß bei den bestehenden Verhältnissen nicht ein einziges Kilogramm Kohle mehr abzufahren ist, und daß jede Mehrezeugung von Kohle bedeutet, mehr Entlassungen, mehr Betriebsstilllegungen und mehr Feiertagschichten! Der Inlandsabbau hängt von der Wiederbesetzung der übrigen Industrie ab. Die Lohnkosten eines Meterzentners Steinkohle betragen 37 Prozent des Verkaufswertes. Gesezt den Fall, die Bergarbeiter würden ganz umsonst arbeiten, so würde es darum noch immer nicht möglich sein, auch nur eine Glas-, Porzellan-, Maschinenfabrik in Betrieb zu erhalten. Es ist also zumindestens arge Demagogie, wenn die Bergwerksbesitzer behaupten, daß durch die angekündigten Lohnreduktionen die Kohlenkrise gemindert werden könnte. Selbst eine 200prozentige Lohnherabsetzung aller Bergarbeiterlöhne würde einer Verbilligung der Steinkohle um 1.80 Kronen und der Braunkohle um 75 Heller pro Meterzentner gleichkommen und zwar bei einem Durchschnittspreis — ohne Fracht — von 32 Kronen bei Steinkohle und zwölf Kronen bei Braunkohle. Die Frachtkosten können durchschnittlich mit sechs Kronen pro Meterzentner gewertet werden.

Und der Auslandsabbau? Ein Waggon Koks kostet trotz 75prozentigen Steuernachschlag und 20 prozentiger Tarifermäßigung für Oesterreich in Lundenburg rund 16 Millionen österreichische Kronen. Der Waggon Steinkohle 9 bis 11 Millionen österreichische Kronen. Wollen etwa die Unternehmerdrahtzieher jemandem weismachen, daß bei einer 20- oder 30prozentigen Lohnherabsetzung die Oesterreicher auch nur ein einziges Kilogramm Kohle mehr beziehen können? Und ähnlich verhält es sich bei der Braunkohle. Ein Waggon prima Brucher Kohle kostet ab Schacht 117.000 Mark, ein Waggon mittlerer Sorte 65.000 Mark und ein Waggon mindere Tiefbaukohle 50.000 Mark. Dazu kommen noch mindestens 17.000 Mark Fracht bis zur deutschen Grenze, während die mitteldeutschen Braunkohlenbreitens, die bekanntlich im Heizwert der mittleren Braunkohle nahekommen, ab 1. September nur 22.340 Mark pro Waggon kosten. Und just an diesem Tage, am 1. September, hat endlich das Eisenbahnministerium die bisher in Geltung gestandenen erhöhten Auslandsstarife aufgehoben und Inlandsstarife für die Ausfuhrkohle festgesetzt. Die Maßnahme ist gerade in dem Zeitpunkt durchgeführt worden, da die Ausfuhr so gut wie überhaupt aufgehört hat. Vor einem halben Jahre hätte die Beseitigung der erhöhten Auslandsstarife und Ausfuhrprämien die Befreiung der Ausfuhrkohle von der Kohlensteuer noch manches retten können. Aber rechtzeitig die Dinge sehen, das gibt's nun einmal bei den ischekoslawischen Regierungsweisen nicht. Wo wird man jetzt z. B. der Finanzminister die Kohlensteuer hernehmen, für die Kohle, die nicht erzeugt wird und die weder im Inland, noch im Ausland, Absatz findet? Wo wird jetzt der Eisenbahnminister den Ausfall an den Einnahmen der Bahnen decken, wenn eben nur sehr wenig Kohle verfrachtet wird?

Den Bergwerksbesitzern ist die Verschärfung der Kohlenkrise ein willkommenes Anlaß für ihre Absichten. Würden sie wirklich auf die Beseitigung der Krise hinarbeiten, so müßten sie sich die Forderungen, die die Bergarbeiter schon im Jahre 1921, und so auch auf ihrer diesjährigen Reichskonferenz aufgestellt haben, in irgend einer Form zu eigen machen. Gelegentlich und nebenher reden sie von dem Abbau der Kohlensteuer, der Herabsetzung der Tarife, von der Aufhebung der Ausfuhrerschwerenisse, aber ernst bleiben nur ihre Bemühungen, die Lebenshaltung der Bergarbeiter herabzudrücken. Dadurch soll bewirkt werden, wie sie so schön zu sagen pflegen: „die Rückkehr zu normalen Verhältnissen!“ Offenbar denken sie unter den normalen Verhältnissen gerade die Herren Ostrauer Bergdirektoren an jene Zeit, wo auf

Ihr Scheiß der Bergarbeiter von Soldaten auf die Bank gelegt und fünfundsiebzig heruntergehauen bekamen.

Die Bergarbeiter haben durch den in der Proger Vereinbarung festgelegten Grundsatz ihr Opfer zur Beseitigung der Krise gebracht. Sinken die Preise der Bedarfsartikel, so steht es den Bergwerksbesitzern jederzeit frei, die Einberufung der bestehenden Paritätskommission zu verlangen und auf Grund der dort eventuell festgestellten Preisermäßigungen die Löhne abzubauen. Wo ist derselbe oder ein ähnlicher Grundsatz bei den Unternehmern oder bei Herren Zentraldirektoren wahrnehmbar? Die Materialkosten, z. B., die einen ganz wesentlichen Teil der Gestehungskosten der Kohle ausmachen, sind seit einem halben Jahr um 30 bis 40 Prozent gesunken, aber sind die Kohlenpreise deshalb herabgesetzt worden? In Nordwestböhmen sind die Lohnkosten von 4.70 K auf 3.89 K per Zentner gesunken. Sind die Kohlen billiger geworden? Es kann deshalb nur lächerlich wirken, wenn ausgerechnet die Bergwerksbesitzer zur Begründung ihrer scharfmacherischen Pläne

gegen die Arbeiter sich als Retter der allgemeinen Volkswirtschaft aufspielen versuchen.

Wenn die Bergwerksbesitzer von der Rückkehr zu normalen Verhältnissen sprechen, so weiß man, was das in ihrem Munde bedeutet: die unkontrollierte und uneingeschränkte Möglichkeit der Ausbeutung der Bergarbeiter und Kohlenkonsumenten! In Verfolgung dieses Zieles sind sie auch bereit, sich über gültige Verträge glatt hinwegzusetzen und vertragsbrüchig zu werden, wie die Ostrauer Grubenbesitzer und der Westböhmisches Bergbauaktienverein. Sie bilden sich sogar schon ein, daß sie bestehende Gesetze, wie das Lohnzahlungsgesetz, außer Kraft setzen können. Die Bergarbeiterverbände konnten diesen Bestrebungen der Unternehmer gegenüber keine andere Antwort geben, als in den Beschlüssen der Sitzung vom 4. September geschehen ist. So schwer auch die Zeiten sein mögen, die Bergarbeiter werden sicher hinter den Beschlüssen ihrer Organisationen stehen, um in der Abwehr der geplanten Entrechtung und wirtschaftlichen Verelendung kampfbereit zu sein!

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung für den Preisabbau!

Im Nachstehenden veröffentlichen wir die weiteren und zugänglichen Berichte über die Versammlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft am 6. und 7. September.

Weipert.
Die Protestversammlung für den Bezirk Weipert gegen „Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit“ fand am Donnerstag, den 7. September abend 6 Uhr in der städtischen Turnhalle und unter dem Vorsitz des Genossen F. J. Fellinghauer statt. Die Versammlung war äußerst stark besucht und die Stimmung sehr erregt. Als Referenten waren Abgeordneter Genosse Dr. Holitscher und Jousaly für die Kommunisten erschienen, welche in scharfer Weise die herrschenden Zustände geißelten. Die sozialdemokratische Resolution fand einstimmige Annahme. Nach Schluß der Versammlung fand am Bürgermeisterrat eine Sitzung der von der Versammlung gewählten Arbeiter-Abordnung und der Genossen Holitscher, Jousaly, F. J. Fellinghauer, Rüdnapf, Hammer und Bürgermeister Kreuzig aus Schmiedeberg mit dem Leiter der politischen Bezirksverwaltung Herrn Dr. Allan statt. In dieser Sitzung wurde diesem ausführlich über die Notlage und Erregung der Weipertener Arbeiterschaft berichtet und dringend Abhilfe durch die Regierung verlangt.

Graslich.
Die Demonstration am Donnerstag, den 7. September um 11 Uhr am Marktplatz war von 6000 Teilnehmern besucht. Trotz des strömenden Regens hielten die Versammelten aus, bis Abg. Genosse Palme seine Rede beendet hatte. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Genosse Müller als Miteinberufer der Versammlung verlas hierauf die Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Die gewählte Deputation begab sich hierauf zur Bezirkshauptmannschaft und verlangte dort im Namen der Arbeiterschaft, daß diese die Wünsche nach Prag berichte und vor allem die Erregung der Arbeiterschaft dort bekannt gebe. Die Unternehmer, die ebenfalls anwesend waren, trugen auch ihre Wünsche vor und verlangten ebenfalls, daß diese nach Prag berichtet werden. An der

Demonstration war der Ernst der Situation zu erkennen.

Oberleutensdorf.
Die gegen Wirtschaftsnote, gegen Arbeitslosigkeit, für den Preisabbau einberufene öffentliche Versammlung wies auch hier einen erfreulichen Besuch auf. Im vollbesetzten Saale der Turnhalle erstattete Abg. Genosse Hirsch ein ausführliches, wirkungsvolles Referat. Er legte klar, daß die immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen in der ganzen Struktur der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind, daß die Ursache aller Not und alles Elends dem Gefüge des Kapitalismus, den Widersprüchen der kapitalistischen Ökonomie zuzuschreiben ist. Die entsetzliche Notlage jedoch, in der sich die Arbeiterschaft dieses Staates befindet, ist die Folge der verbrecherischen Politik der Sieger im Weltkriege. Sie büden dem großen Deutschen Reiche unerhörte große Lasten auf. Führen es dadurch der wirtschaftlichen Katastrophe zu und verurteilen die Arbeiter Deutschlands zu Robottendiensten für die ganze Welt. Deutschlands Schicksal wird auch zu unserem Schicksal. Die Industrie gerät ins Stoden. Die Unternehmer ohne Unterschied der Nation, ob deutsch, ob ischekisch, ohne Unterschied der Konfession, sie alle haben sich geeinigt, in dem einen Gedanken, der Arbeiterschaft ihre in schweren Kämpfen errungenen Rechte zu rauben. Sie schreiten zu Massenentlassungen, zu Stilllegung der Betriebe, kündigen die Lohnverträge und fordern vor dem Preisabbau den Lohnabbau. Verantwortlich für diese trostlose Wirtschaftslage ist auch die Regierung, die sich dazu hergegeben hat, den Wert unserer Krone im Ausland künstlich in die Höhe zu treiben, die es nicht für notwendig erachte, der Börsenspekulation, den Preistreibern, und Wucherern energisch entgegenzutreten. Im Augenblick der höchsten Not der arbeitenden Menschen steht die Regierung dem Massenelend gleichgültig gegenüber. Redner besprach hierauf noch kurz die Forderungen unserer Partei, vor allem die Forderung nach Einberufung des Parlaments, und schloß unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Verständigung des Proletariats sein begeistertes mit langanhaltendem Beifall aufgenommenes

Die Wünschelrute.

Von Max Havel.
Wünschelruten sind hier: sie zeigen am Stamm nicht die Schäre,
Nur in der süßlichen Hand regt sich das magische Reis.
(Goethe, „Weisagungen des Vatis“.)

Im Jahre 1894 befand sich der deutsche Arzt Dr. Adam Voll zum Besuche bei einem Gutbesitzer auf der hohen Rhön. Der Gutbesitzer klagte dem Dr. Voll über die Schwierigkeiten, die er mit der Wasserversorgung hatte, aber endlich — so sagte er erleichtert hinzu — endlich habe ihm ein Rutengänger eine Quelle angegeben. „So, das ist der richtige Keim!“ rief Dr. Voll, als er dies vernommen hatte. „Oho, Herr Doktor, hier ist die Rute — geben sie damit durchs Zimmer!“ ward ihm geantwortet. Dr. Voll erweist die Rute, hält sie so fest als möglich und geht durch das Zimmer. An einer bestimmten Stelle schlägt nun die Rute in seiner Hand nach unten. Aus der Horizontallage in die Vertikallage. Dr. Voll ist sehr verwundert, versucht wieder und wieder — die Rute schlägt über derselben Stelle, die auch der Rutengänger vor ihm bezelchnet hatte, unsehbar nach unten. Aus dem Spötter wird nun ein Befehrer, aus dem Saulus ein Paulus, und zunächst seine Eigenschaften an anderen Orten, im Distrikt Weismain und in den Ergögern des Fichtelgebirges, erprobt, ein Schema über die Wäntel zusammenstellt, unter denen die Rute über den verschiedenen Erzen und Metallen nach unten oder oben „auschlägt“ und endlich, nach jahrelanger Beschäftigung mit der Wünschelrute,

ein Buch über sie (im Verlage von Max Mann in Leipzig, 1910) veröffentlicht.
Kehlich wie dem Dr. Voll, der heute mit zu jenen zählt, die auf Grund unbestreitbarer Tatsachen eine endgültige Klärung des Wünschelrutenproblems geben wollen, mag es so manchem gegangen sein, der, das überlieferte Vorurteil bereit, die Wünschelrute sei lediglich ein Ubergewalt, eine Verrücktheit, etwas „Okkultes“, zum ersten Male einen Rutengänger an der Arbeit sieht und mit eigenen Augen beobachtet, wie die Rute, über Wasser gehalten, in der Hand des begabten Mannes unsehbar nach unten schlägt, über fließendem Wasser zu rotieren beginnt und über Metallen oder Gestein sich steil nach oben stellt.
„There are more things in heaven and earth, Horatio, than are dreamt of in our philosophy!“, sagt Hamlet. Und die Wünschelrute mit ihren seltsamen Phänomenen neckt uns zunächst noch immer ob unserer Unfähigkeit, ihr Wesen und seine Kausalität voll und ganz erklären zu können.
Dah wir, ehe uns persönliche Erfahrungen das Vorurteil nehmen, gern geneigt sind, die Wünschelrute in den Kräftekreis der Imagination zu werfen, hat seine Ursache in den esoterischen Ueberlieferungen von der Sigula mercurialis, wie sie das Mittelalter benannte. Denn da ist von Beschwörungsformeln, unter denen sie geschnitten werden muß, von der Anrufung der heiligen Dreifaltigkeit und ähnlichen Dingen die Rede, dazu bestimmt, dem Teufel die Kraft zu nehmen. Daß es nämlich bei der Wünschelrute und ihren Wundern nicht mit natürlichen Dingen, sondern mit diabolischen Kräften zugehen müsse, war lange Zeit die Anschauung

der Kirche, so daß, um 1700, der französische Vater Le Brun einem Fräulein Diwet, bei dem sich die Gabe gezeigt und das sich rufend an ihn gewandt hatte, aufs dringlichste empfahl, zu Gott zu beten, auf daß er diese unheilige Gabe wieder von ihr nehme. Um 1704 wird dann „durch Theophilum Albinum“ ein Buch „an Tag gelegt“, betitelt „Das entlarvte Idolum der Wünschelrute oder gründliche Untersuchung, was bishero historice mit derselben passiret, ob sie phisice in der Natur gegründet und wie fern moraliter darnach zu operieren sey? Aus Liebe zur Wahrheit und der fürwärtigen Welt zur Warnung, mit Approbation sowohl der Theologischen als der philosophischen Facultäten in Leipzig.“
Unter dieser „fürwärtigen Welt“ befand sich auch der hellste Deutsche, Goethe, der im Endlichen nach allen Seiten ging. Er betrachtete die Wünschelrute niemals als Arianum, als Zauberinstrument, sondern ging gleich als Forscher an sie heran und nahm ihre Phänomene als physikalische Erscheinungen, die man noch erklären müsse. Zugleich war ihm die Wünschelrute ein willkommenes, ja mit Vorliebe gebrauchtes Bild zu symbolischer und vergleichender Darstellung. So läßt er den scharfsinnigen und -sichtigen Mephisto im Faust II. sagen:
Ihr alle fühlst geheimes Wirken
Der ewig waltenden Natur,
Und aus den untersten Bezirken
Schmiegt sich heraus lebend'ge Spur.
Wenn es in allen Gliedern wachet,
Wenn es unheimlich wird am Platz —
Nur gleich entschlossen, grabt und hackt:
Da liegt der Spielmann, liegt der Schwak!

Und das „Gemurmel“ schließt sich an:
Wir liegt's im Fuß wie Bleigewicht —
Wir trampf'n im Arme — das ist Glut —
Wir trabbeln's an der großen Geh' —
Wir tut der ganze Rücken weh —
Nach diesem Reichen wäre hier
Das allerreichste Schachweier.
Ein andermal spricht Goethe von gewissen streberischen Leuten, deren Nasen wie Wünschelruten darauf aus seien, Stellen, Orden usw. auszuwittern. Am deutlichsten läßt er sich aber in dem Roman „Die Wahlverwandtschaften“ (2. Buch, 11. Kap.) und in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (3. Buch, 14. Kapitel) über unsere Rute aus. Die fenstliche Dittlie, „das himmlische Kind“, wird als begabt gezeigt, sie weigert sich einmal, einen Seitenweg zu nehmen, und in ihrem Ausweichen ist eine Art ängstlicher Verlegenheit. „Wenn sie mich nicht auslachen wollen.“ versetzte sie freundlich, „so kann ich Ihnen darüber wohl einige Auskunft geben, obgleich selbst für mich dabei ein Geheimnis obwaltet. Ich habe jenen Nebenweg niemals betreten, ohne daß mich ein ganz eigener Schauer überfallen hätte, den ich sonst nirgends empfinde und den ich mir nicht zu erklären weiß. Ich vermeide daher lieber, mich einer solchen Empfindung auszusetzen, umsonst, als sich gleich darauf ein Kopfschmerz an der linken Seite einstelle, woran ich sonst auch manchmal leide.“ „Wir landeten, Dittlie unterhielt sich mit Ihnen und ich untersuchte indes die Stelle, die sie mir aus der Ferne deutlich angegeben hatte. Aber wie groß war meine Verwunderung, als ich eine sehr deutliche Spur von Steinofen entdeckte, die mich überzeugt, man würde bei einigem Nachgraben vielleicht ein ergiebiges La-

Referat. Eine vom Präsidium vorgeschlagene Resolution wurde einhellig angenommen.

Bilin.

Die am 6. September stattgefundene Massenversammlung war gut besucht. Abg. Genosse Hirsch aus Teplicy sprach in überaus eindringlicher Weise über das Thema: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau.

Warnsdorf.

In der am Donnerstag im Vereinshaus in Warnsdorf statt besuchten Versammlung der Warnsdorfer Arbeiterschaft sprach Genosse Fischer gegen Preisabbau und Arbeitslosigkeit, für den Preisabbau. In seinen gebieterischen Ausführungen entwarf er ein Bild von der Politik, die heute im Staate gemacht wird.

Rumburg.

Die Versammlung am Donnerstag Abend war massenhaft besucht. Alle Säle und Galerien des Schützenhauses waren dicht gefüllt. Das Referat erläuterte die Genossin Burot, welche die Ursache der herrschenden Krise klarlegte und die Forderungen begründete, die die Arbeiterschaft erhebt und durchsetzen muß.

Rixdorf.

Die Demonstrationsversammlung der Rixdorfer Arbeiterschaft am Donnerstag abend nahm einen ernsten und würdigen Verlauf. Der Saal und die Galerien im „Deutschen Haus“ waren voll besetzt und man merkte es den Arbeitern an, daß sie entschlossen sind, nicht mehr länger untätig dem Elend zuzusehen.

Vor den Waffenstillstandsverhandlungen in Kleinasien.

Schwere Waffenstillstandsbedingungen der Rhemalisten.

Konstantinopel, 8. Sept. (Sabas.) Es wird gemeldet, daß die Angora-Regierung wahrscheinlich die Forderung aufstellen wird, daß der Oberkommandant der griechischen Truppen direkt den Oberkommandanten der rhemalistischen Truppen um Waffenstillstand bitte.

Der Streit um die Meerengen.

London, 9. September. Die Reuter erfährt, daß die britische Regierung erneut vorgeschlagen, die Frage des Schützes der christlichen Minderheiten in Kleinasien an den Völkerverbund zu verweisen. Es wird darauf hingewiesen, daß die aus dem griechisch-türkischen Konflikt entstehende militärische Lage in keiner Weise die Ansicht der britischen Regierung bezüglich der allgemeinen Lage des Friedens zwischen den Alliierten und der Türkei berühren werde.

Bernichtung der griechischen Nordarmee.

Paris, 8. Sept. (Sabas.) Aus Angora wird berichtet, daß die griechische Nordarmee, welche die in der Gegend von Utschal eingeschlossene Südarmee unterstützen sollte, bei Kurdas auf türkische Truppen traf.

Die britische Mittelmeerflotte in Bereitschaft.

Gibraltar, 8. Sept. Die leichten Kreuzer „Cardiff“ und „Concorde“ sind unter dem Kommando des Admirals Tyrwhitt in Malta morgens angekommen und mittags nach Smyrna weitergedampft.

Krebitz.

Die Demonstrationsversammlung war massenhaft besucht. Es sprachen die Genossen Corisch und Schönfelder. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Mies.

Die Donnerstag, den 7. September nach Betriebschluss abgehaltene Demonstrationsversammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung, an der mehr als 500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus den Betrieben und Werkstätten ammarschiert kamen, teilnahmen.

weitergedampft. Mit Ausnahme des Dreadnought „Benhow“, eines leichten Kreuzers und eines kleinen Schiffes ist nahezu die ganze britische Mittelmeerflotte in östlichen Mittelmeere versammelt.

Smyrna von den Türken umzingelt.

London, 9. September. „Daily Telegraph“ berichtet, daß direkten Nachrichten von gestern abends aus Smyrna zufolge, die Stadt bereits gestern abends umzingelt war. Türkische Kavallerie hatte die Höhen der Umgebung besetzt und die Infanterie war im Anmarsch.

London, 9. September. Nach einem Telegramm aus Smyrna haben die griechischen Truppen die Absicht, Smyrna zu verteidigen, aufgegeben und werden die Stadt räumen. Die Vorhut der türkischen Truppen in der Umgebung der Stadt wartet auf Verstärkungen vor Antritt des weiteren Vormarsches.

Das neue griechische Ministerium.

London, 8. Sept. (Sabas.) Die aus Athen hierher gelangten Meldungen besagen, daß Kallogeropoulos die Mission, ein neues griechisches Kabinett zu bilden, angenommen hat.

Der Sultan will abdanken.

Paris, 9. September. Wie der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ meldet, sind in London Nachrichten von Konstantinopel eingetroffen, die es als möglich erscheinen lassen, daß der Sultan zu Gunsten des Thronfolgers Abdschid abdanken wird.

les Einverständnis, sowohl mit den Ausführungen des Referenten als auch mit den aufgestellten Forderungen erklärte. — Genosse Kerner konstatierte im Schlußwort, daß die Sozialdemokraten mit ihren Anschauungen recht behalten haben, was heute der Kommunist Köhler selbst bekräftigt.

handhaben und dieselbe auch für Kurzarbeiter, Beurlaubte, Kleinbesitzer und geistige Arbeiter zuzudehnen. Auch eine Verlängerung der Unterstützungsfrist aufs weitere sechs Monate ist für die bereits Arbeitslosen gefordert worden.

Plan.

Unter massenhafter Beteiligung fast aller Ortschaften des Bezirkes fand am 6. September im großen Sälenaal in Plan, der die Teilnehmer nicht alle fassen konnte, die Demonstrationsversammlung statt. Der Referent Genosse Zischka brachte scharfe Anklagen gegen die Regierenden vor und machte sie für die Folgen, die aus der Katastrophenpolitik entstehen müssen, verantwortlich.

Ronsberg.

Die Mittwoch, den 6. d. M., abgehaltene Demonstrationsversammlung war gut besucht. Mehr als 150 Arbeiter lauschten den Ausführungen des Genossen Breitsfelder, der die Schuld der Regierung aufs schärfste kennzeichnete.

Wiesenberg (Nordmähren.)

Die hier stattgefundene Demonstrationsversammlung war glänzend besucht. Saal und Galerie des Arbeiterheimes waren gedrückt voll. Der Referent, Genosse Rohner aus Grulich, fand für seine zweistündigen Ausführungen zur Tagesordnung leidenschaftlich erragte Zustimmung und viel Beifall.

In Budmantel (Schlesien)

fand die Versammlung am 7. d. M. statt und war massenhaft besucht. Senator Genosse Link aus Jägerndorf geistelte in scharfen Worten das Treiben der Regierung und der agrarischen Kreise, welche das Volk in die große Not und Arbeitslosigkeit gebracht haben.

Frendenthal.

Vor über 2000 Menschen sprach am 7. September Sekretär Genosse Hübl über die

ger in der Tiefe finden.“ — Im selben Kapitel gibt uns Goethe noch eine Schilderung eines Versuches mit dem sogenannten „fiderischen Pendel“, dessen Phänomenen jenen der Wünschelrute so ähnlich sind. In der Hand Charlottens will er sich nicht regen. „Sie nahm den Faden in die Hand, und da es ihr ernst war, hielt sie ihn fest und ohne Gemütsbewegung. Allein auch nicht das mindeste Schwanken war zu bemerken.“

Und in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ gibt Goethe dem forschenden Montan eine Person zur Seite, welche ganz wunderbare Eigenschaften und einen ganz eigenen Bezug auf alles habe, was man Gestein, Mineral, ja sogar, was überhaupt Element nennen könne.

fließenden Wasser, metallischen Lager und Gänge sowie der Steinohlen und was dergleichen in Massen beisammen sein möchte, sondern was wunderbar sei, sie bestünde sich anders und wieder anders, sobald sie nur den Boden wachse.“

Indessen „aktuell“ und Gegenstand planmäßiger Forschung wurde die Wünschelrute erst vor einem Jahrzehnt, als der deutsche Landrat Cai von Bilow-Bohcamp, der Admiralsratsrat Franzius, die Wissenschaft spricht von Rhododendron — rhodod., Zweig), gestützt auf ihre eigenen Erfahrungen und Erfolge, in Wort und Schrift für die Wünschelrute eintrat.

Ueber die bewegende Kraft der Wünschelrute, die übrigens während des Krieges sowohl in der österrheisch-ungarischen, als auch in der deutschen Armee vielfach Verwendung gefunden hat, sind von Theophrastus Paracelsus bis auf die Gegenwart die verschiedenartigsten Definitionen gegeben worden.

von Dünsten, die sich aus Wasser und Metall erheben („vapor aut exhalatio metallica“) und durch Gegenwirkung die Bewegung hervorriefen, während der französische Physiker Vallonot um 1693 in seinem Werke: „Physique occulte ou Traite de la baguette divinatorie“, die Atomtheorie Gassendis aufnehmend, von Atomwärmen sprach, die aus Erz und Wasser aufstiegen.

wesene Vorstand des österreichischen Verbandes zur Klärung der Wünschelrutenfrage geschrieben hat, nämlich: „Ein durch äußere Einflüsse hervorgerufener physiologischer Prozeß im Organismus des Rutengängers veranlaßt die Rutenbewegung. Wie sich dieser Vorgang in die sichtbare Bewegung der Rute oder des Pendels umsetzt, entzieht sich unserem Verständnis.“

Wir sind der Erde Kinder und verleben Mit unserer Mutter durch das Fleisch und Blut! Was an Metall und Wasser in ihr ruht kreist, eingemengt, in unsern Körpern oben!

So habe ich mir vor Jahren den „Ruten-gänger“ zu erklären versucht. Aber wie nahe oder fern wir einer vollen Erkenntnis dieser seltsamen Erscheinung auch noch sein mögen: gewiß ist, daß es unserer Forschung endlich gelingen wird, die Wünschelrute so völlig und unzweifelhaft zu erklären, wie wir heute etwa das Steigen oder Sinken der Quecksilberfäule im Thermometer zu erklären vermögen.

Denn es gibt in Wahrheit in der ganzen Schöpfung keine „Wunder“ und nichts „Okultes“. Wohl aber sind unsere Organe noch zu stumpf, um die feinen und feinsten Gesetze der physischen, geistigen und psychischen Welt in allen Wechselwirkungen zu erkennen und zu erkennen.

Forderungen der Arbeiterschaft an den Staat und die ihn stützenden Gesellschaftsklassen. Lebhaft Zustimmungsrufe bewiesen, daß auch die Geduld der Freundschaftlichen Genossen zu Ende ist. Eine sechsstellige Abordnung überreichte der politischen Bezirksverwaltung die Forderungen der Arbeiterschaft.

Fulnek.

In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach Sekretär Genosse Ráthér aus Jägerndorf. Seine trefflichen Ausführungen fanden ungeheuren Beifall. Der anwesende Kommunist Schwarz und seine Garde wurde vom Genossen in einer Weise abgeführt, daß ihnen die Lust, nochmals in eine ähnliche Versammlung zu gehen, wohl vergangen sein dürfte. Die einstimmig angenommene Resolution wurde der politischen Bezirksverwaltung unterbreitet.

Inland.

Die Schuleinschreibungen in Tschechisch-Ostschlesien sind ein Tummelplatz der behördlichen Willkür und der nacktesten Gewalt. In Ostschlesien darf nicht einfach der Vater des Kindes zum Schulleiter gehen und erklären, daß er sein Kind dessen Schule anvertrauen, sondern eine hochmögliche Schuleinschreibungs-Kommission, zusammengesetzt aus tschechisch-nationalen Beamten und geleitet von einem ortsfremden Regierungskommissar entscheidet über das Schicksal der Kinder. Der Ernährer mag zehnmal wollen, daß sein Sprößling in die deutsche oder polnische Schule geht, die Kommission weist es auf Grund irgendwelcher „Reserven“ dennoch der tschechischen Anstalt zu, weil es angeblich tschechischer Nationalität ist. Nun tun ja die Polen in ihrem Ostschlesien genau daselbe, aber die Paschawirtschaft dort ist noch keinerlei Entschuldigung für die Paschawirtschaft hier, besonders da die Deutschen hier und dort das Bad ausgießen müssen. Zwar besteht ein den Einschränkungs-Kommissionen „das Elternrecht“ einsehender Erlaß, aber der ist reine Augenwischerei, denn ihm zutrotz sind die Sünden, die sogar unter Hinweis auf die Verordnung begangen wurden, geradezu kraußschläge gegen die Demokratie, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Eltern und gegen die Förderung des großen Tschechen Kromensky, der für jedes Kind den Unterricht in der Muttersprache fordert. Wenn wir hören, daß bei den diesjährigen Schuleinschreibungen da und dort hunderte von Kindern in eine fremde Schule gewiesen worden (wie zum Beispiel in Oberberg, Teschen und Freistadt); wenn wir vernahmen, daß in vielen polnischen Dörfern die Kinder gewaltsam der tschechischen Schule einverleibt wurden; wenn wir erfahren, daß Regierungskommissare den Eltern Geld und allerlei Begünstigungen anboten dafür, daß sie die Kinder in die tschechische Schule einschreiben; wenn wir uns alle Gewalttaten, die Schändlichkeiten, die Unmoral und die Korruption vor Augen halten, womit die vom Staate bestellten Organe gegen die Bevölkerung und deren gewähltesten Rechte vorgingen, da müssen wir sagen, daß diesen Einschreibungen in Ostschlesien Berühmtheit gebührt und daß sie wert sind, in der Erinnerung der Bevölkerung zu bleiben.

Die Forderungen der tschechischen Agrarier. Die Klubs der tschechischen agrarischen Abgeordneten und Senatoren hielten Donnerstag eine gemeinsame Konferenz ab, wobei sie in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise folgende Forderungen der Agrarier aufstellten: 1. Aufhebung aller besonderen Maßnahmen und Verfügungen, wodurch die Ein- und Ausfuhr beschränkt wird. 2. Aufhebung aller bisher bestehenden Ueberreste der staatlichen Bewirtschaftung und Ueberlastung der Preisbildung auf die freie Konkurrenz. 3. Aufhebung der Zölle für alle Industrieartikel und landwirtschaftlichen Bedarfswaren und für alle Artikel des täglichen Bedarfs der landwirtschaftlichen Bevölkerung, damit die Agrarier diese Artikel in der freien Konkurrenz kaufen können, ebenso wie sie ihre eigenen Erzeugnisse verkaufen. 4. Alle die agrarische Bevölkerung außerordentlich belastenden Steuern und Abgaben sind neu zu regeln, und zwar: a) Aufhebung der staatlichen Zuschläge zur Grundsteuer; b) Herabsetzung des Pauschales der Umsatzsteuer; c) Abänderung des Gesetzes über die Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer vor allem dadurch, daß der versteuerebare Zuwachs an Grundbesitz beschränkt wird. d) Durchführung des § 20 der Novelle zum Gesetz über die Gemeindeordnung vom 7. Feber 1919, laut welchem der Staat oder die größeren autonomen Körperschaften verpflichtet sind, die wichtigsten Aufgaben der Gemeindetätigkeit zu übernehmen und die höheren Grenzen der autonomen Zuschläge zu bestimmen. 5. Die Agrarier werden selbständig trachten, zur Milderung der Wirtschaftskrise beizutragen. 6. Die staatlichen Organe und die Organe der landwirtschaftlichen Selbsthilfe werden verpflichtet sein, den Informationsdienst über die Bewegung auf dem Preis- und Markte auszubauen, um die Verbreitung von unangelegentlich falschen Nachrichten und Hervorrufen einer Panik in die Bevölkerung zu verhindern. 7. Eine allgemeine Herabsetzung des Kreditzinsfußes. 8. Eine Herabsetzung der Regierkosten muß erzielt werden durch eine Neugestaltung der Löhne und der Arbeitszeit. 9. Für die der Bodenreform unterstehenden Güter muß ein angemessener Preis verlangt werden. Der letzte Punkt der Entschließung lautet, daß die politischen Vertreter der Agrarier bereit sind, sich an allen zur Beseitigung der Krise einberufenen Verhandlungen zu beteiligen, allerdings unter der Bedingung, daß in diesem Falle unvorcingenommen und gerecht vorgegangen werde.

Die Vorlage über die Alters- und Invaliditätsversicherung soll, wie die Minister Habrman, Srba und Dr. Derer in der letzten Sitzung des Exekutivausschusses der tschechischen sozialdemo-

Das Diktat der Ostrauer Kohlenbarone.

Lohnherabsetzungen und Entlassungen.

Mähr.-Ostrau, 9. September. (Tsch. P.-B.) Nach den gestrigen ergebnislosen Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter hat die Direktorenkonferenz des Ostrauer-Karwiner Revieres dem Sekretariat des Bergarbeiterverbandes ein Schreiben gefandt, worin die Unternehmer im Hinblick auf die verschärfte Situation, insbesondere infolge des Aufstieges der Krone, wodurch die Bergwerksbetriebe bedroht sind, sowie im Hinblick auf die allgemeine Verbilligung und darauf, daß die Gültigkeit des bisherigen Abkommens am 31. August 1922 erloschen ist, die neuen Arbeitsbedingungen feststellen, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. In den Bedingungen sind die früheren Forderungen der Unternehmer angeführt. Aus den neuen Bedingungen ist hervorzuheben: Der Bergarbeiterlohn wird mit 48 K. (bisher 60 K.) festgesetzt und ist wie früher an eine durchschnittliche Pflanzleistung der ganzen Belegschaft von 7.57 q für die Schicht gebunden. Der Minimallohn des Berg-

arbeiters im Gedinge ist mit 29 K. (früher 36 K.) festgesetzt. Der Anteil der Hunte stöher wird von 70-90 Prozent auf 65-85 Prozent herabgesetzt. Der Zeitlohn der Handwerker und ähnlicher wird um 30 Prozent statt wie früher um 10 Prozent herabgesetzt. Ebenso werden die Familien- und Kinderzulagen und andere Zahlungen herabgesetzt. Weiters heißt es in der Zuschrift: Infolge der gegenwärtigen Absatzschwierigkeit und, da keine Hoffnung auf Besserung dieser Verhältnisse in absehbarer Zeit besteht, sind wir gezwungen — wenn wir den Betrieb einiger Gruben nicht gänzlich einstellen und wenn wir die Arbeiterschaft besser befähigen wollen — in aller nächster Zeit auch zur Verminderung der Zahl unserer Arbeiterschaft zu schreiben. Schließlich wird verlangt, daß die Verhandlungen bis zum 20. d. M. beendet werden sollen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden zu den Verhandlungen über den Abschluß des neuen Vertrages für den 16. d. M. eingeladen.

kratischen Partei erklärt haben, für die Herbstsession in Gesetzesform vorbereitet sein.

Erwerbung des Heimatsrechtes in zwei Jahren. Das Unifikationsministerium arbeitet nach einer Meldung der „Narodni Democraie“ an einer Gesetzesnovelle, betreffend die Erwerbung und des Verlustes des Staatsbürgertums und des Heimatsrechtes in der tschechoslowakischen Republik. Die Dauer für die Erwerbung des Heimatsrechtes wird auf zwei Jahre herabgesetzt werden.

Eine aufgelöste Versammlung. Letzten Sonntag fand auf dem Schiefplate in Niedergrund bei Warnsdorf eine Versammlung gegen die Waldverstaatlichung statt. Eingeladen war auch Abgeordneter Fischer und erschien an dessen Stelle, da er verhindert war, Abgeordneter Genosse Schweichhart, der als erster Redner die Bedeutung der Bodenreform hervorhob, die verschiedenen Interessen, die dabei in Betracht kommen, kennzeichnete und sich auf Grund der Beschlüsse des Tschechen Parteitages gegen die Waldverstaatlichung wandte. Er forderte die Enteignung der Großgrundbesitzer und daß der Wald vor allem den Gemeinden und Bezirken zugewiesen werde. — Nach ihm sprach Genosse Keller, der vom Regierungsvizepräsidenten wiederholt unterbrochen wurde. Schließlich löste der Bezirkshauptmann Marius die Versammlung auf. In Versammlung stehende Gendarmerie, in der Stärke von zehn Mann, erschien auf dem Plage und es kam mit der erregten Menge teilweise zu Auseinandersetzungen. Angesichts der bedrohlichen Situation wurde in Form einer 2-Versammlung die Versammlung in einem Saale in Obergrund fortgesetzt. In derselben wurden, um weiteren behördlichen Schikanen vorzubeugen, die Abgeordneten Schweichhart und Keller zu Vorgesetzten gewählt. Es sprachen sodann noch einige Redner, worauf eine Entschließung angenommen wurde, welche gegen die Waldverstaatlichung protestiert. In einigen bürgerlichen Blättern, insbesondere in der Warnsdorfer „Abwehr“, sind über diese Versammlung unrichtige Berichte erschienen, in denen u. a. dem Genossen Schweichhart Forderungen in den Mund gelegt wurden, die er tatsächlich nicht gebraucht hat.

Ausland.

Angriff auf die achtstündige Arbeitszeit in Frankreich.

Laut Meldung des gestrigen „Ceste Elob“ hat sich der französische Ministerat vorgestern mit dem Projekt großer Regulierungsarbeiten beschäftigt, welche von Deutschland auf Kosten der Reparationen durchgeführt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit hat der Ministerat beschlossen, die Arbeitszeit auf den französischen Handelsdampfern um 12 Stunden wöchentlich zu erhöhen, wodurch die achtstündige Arbeitszeit aufgehoben wäre. Ferner soll die Arbeitszeit bei den Eisenbahnangestellten jährlich um 300 Stunden verlängert werden, wodurch man eine Ersparnis von 300 Millionen Franken erzielen will.

Paris, 9. September. Der allgemeine Arbeiterbund hat, wie der „Peuple“ mitteilt, gegen die neuen Dekrete über die Abänderung der Arbeitszeit bei der Eisenbahn und in der Handelsmarine Protest eingelegt. Der Protest ruft die Arbeiter zur Verteilung des Achtstundentages auf. Die vom Arbeiterbunde zu diesem Zwecke beschlossenen Maßnahmen würden demnächst dem Verbands zur Durchführung mitgeteilt werden.

Wie die Arbeiterbewegung in Sowjetrußland bekämpft wird.

Eine Korrespondenz des „Sozialistischen Voten“ aus Tula schildert in drastischer Weise die Mittel und Methoden, mit denen die kommunistischen Gewalttäter jede selbständige Bewegung der Arbeiterschaft niederknüpfeln und auch die elementarsten Rechte der Arbeiter mit Füßen treten. In Tula, einem der wenigen Industriezentren Rußlands, finden gegenwärtig umfangreiche Betriebsbeschränkungen statt. In der Waffen- und Patronenfabrik allein wurden kürzlich 6000 Arbeiter entlassen. Demnächst steht die Entlassung von weiteren 4000 bevor. Bei diesen Betriebsbeschränkungen hat nun die kommunistische Ver-

waltung die Gelegenheit benützt, um die ihr in politischer Hinsicht als „unzuverlässig“ erscheinenden Arbeiter auf die Straße zu werfen. Etwa 50 Arbeiter wurden auf diese Weise, entgegen allen Vorschriften, entlassen. Sie appellierten an alle in Frage kommenden Instanzen, darunter auch an das Bezirkskomitee des Metallarbeiterverbandes in Tula. Selbst die dort sitzenden Kommunisten mußten anerkennen, daß die Entlassungen unberechtigt waren und daß die Betriebsverwaltung infolgedessen die Arbeiter wieder einstellen müsse. Die Folge dieses Einspruches war, daß eine Sitzung des Bezirkskomitees mit den Arbeitslosen andernacht wurde. Aber einige Tage vorher wurden plötzlich 20 dieser Arbeitslosen verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Gleichzeitig wurden fünf weitere „unzuverlässige“ Arbeiter aus dem Betriebe verhaftet und nun sitzen 25 Proletarier bereits mehrere Monate im Gefängnis, während ihre Familien dem Hungertode preisgegeben sind. Irgendeine Schuld kann ihnen nicht nachgewiesen werden. Die Anklage gegen sie lautet auf „Sowjetfeindliche Agitation“. Es sind aber nicht die geringsten Anhaltspunkte vorhanden, um diese Anklagen irgendwie zu erhärten. Ein Teil der Verhafteten ist bereits in den Hungerstreik getreten und fordert die Befreiung der Untersuchung. Am dritten Tage des Hungerstreiks „beruhigte“ der Untersuchungsrichter die Gefangenen mit dem Hinweis, daß die weitere Untersuchung nicht länger als zwei Monate dauern würde.

Eine Anfrage an die Sowjetregierung.

Die Auslands-Delegation der Sozialrevolutionären Partei hat am 8. September an die Moskauer Sowjetregierung folgende telegraphische Anfrage gerichtet:

„Das öffentliche Gewissen fordert die offizielle Antwort auf folgende Fragen: Trifft es zu, daß Eugen Timofejew gezwungen war, sich durch Selbstmord von der Rolle einer Geißel für seine Partei zu befreien? Wo befinden sich die übrigen Verurteilten, die seit der Verkündung des Urteils verhaftet sind? Sind auch sie in Bedingungen verhaftet, die Timofejew zum Selbstmord getrieben haben? Was habt Ihr unternommen, als die Verurteilten mit der Forderung in den Hungerstreik traten, entweder das bestätigte Urteil aufzuheben oder es unverzüglich zur Vollstreckung zu bringen? Euer Schweigen wird gleichbedeutend sein mit der Anerkennung, daß Ihr Euch fürchtet, den vorhandenen Tatbestand vor der öffentlichen Meinung der ganzen Welt einzugehen.“

Tages-Neuigkeiten.

Mittagskunde.

Ich lehne am Fenster. — Da pfeift es plötzlich tief, andere Pfeifen folgen, und so eine ganze Menge nacheinander. Zuletzt die helle Pfeife der kleinen Tischlerei gegenüber. . . ein Uhr.

Ja, was ist denn das heute? Was brummt da der tiefe Bass der Pfeife? Und plötzlich bemerke ich bei manchen Pfeifen eine Aufregung. . . Ich höre eine Bestimmte entziffert ausrufen: „Freiheit so was!“ dann beginnt die kleine Pfeife erregt. „Ja, und wir alle sind Pfeifen, da ist gar kein Unterschied und ich weiß auch nicht, warum gerade dieser Brummbär zuerst Lärm machen muß. Er braucht sich gar nichts einzubilden.“ Verdrießlich schauen die anderen Pfeifen auf die kleine Ruhesünderin. Doch die Kleine fuhr desto hitziger fort: „Und wir sind alle gleich gemacht. Glaubt er, weil er größer ist und eine tiefere Stimme hat, daß er mehr ist? Aber ich sage euch, darauf kommt es gar nicht an. Das Wichtigste sind nicht solche Kleinigkeiten, sondern das Innere. . . Und da sind vielleicht viele von uns besser als dieser Eingebildete!“

„Aber er pfeift doch schon immer als erster!“ sprach bedächtig die große Pfeife von der Druckerei, „und wenn es schon einmal so ist, so müssen wir es schon so lassen. Das ist meine Meinung.“ Dann piffte sie noch leise etwas wie „blüdes Volk“. Er rechnete sich nämlich auch zur Aristokratie und verachtete die Pfeifen, die erst nach ihm ihre Stimme erheben durften. „Ah“, sagte die Kleine spöttisch, „weil er es sich schon immer herausgenommen hat, vor uns zu pfeifen, deswegen sollen wir es auch jetzt noch dulden? Die Welt bleibt nicht stehen und wir gehen mit-

Wenn unsere Vorfahren so dachten, so haben wir doch das Recht, anders darüber zu urteilen. Nicht? Weil sein Vater sich an die Spitze von uns gestellt hat, so muß er, der Sohn, auch unser Führer sein, wenn er auch der größte Dummkopf ist?“ — Die anderen Pfeifen mochten nachdenkliche Gesichter. Einer wagte sogar leise zu sagen: „Sie hat eigentlich recht.“ „Was recht?“ brauste der Erste auf. „Wir haben die Macht, so auch das Recht.“ „Doch die Kleine war mutig geworden: „Wir wollen nicht mehr die Unterdrückten sein, Kameraden, wir wollen nicht mehr dumpf hin-siechen, wir wollen leben! Auch wir wollen frei sein! Gleichheit wollen wir haben!“ Vegetierst, rauhend hatte die Kleine gesprochen. „Ja. . . ja. . . bravo. . . sie hat recht. . . wir wollen frei sein. . .“, riefen die anderen. Wie ein elektrischer Funke war die Begeisterung der Kleinen auf ihre Genossen übersprungen. Die zwei Aristokraten verharrten in stolzem Schweigen. Die Kleine warf ihnen einen triumphierenden Blick zu: „Und“, so begann sie wieder, „damit alle es wissen, daß wir frei, daß wir gleich sind, so laßt uns alle zu gleicher Zeit unsere Stimme erheben. Morgen um ein Uhr.“ „Ja. . . morgen. . . ein Uhr. . . so ist es recht. . .“, alle riefen wild durcheinander.

Am nächsten Tag. Tiefe und helle Pfeifen zusammen dröhnen durch die Luft. Die Stadt lautete. . . . Ein Uhr.

K. K.

Wie Timofejew in den Tod geführt wurde. Die Sozialrevolutionäre Korrespondenz meldet aus Selingfors: Am Sonnabend, den 2. September, verbreitete sich am Abend unter den Moskauer Arbeitern das Gerücht, daß einer von den zwölf zum Tode verurteilten Sozialrevolutionären, das Mitglied des Zentralkomitees Timofejew, im Lubjanski-Gefängnis Selbstmord begangen habe. Am folgenden Tage sprach man überall offen über den Selbstmord und erwartete, daß die Moskauer Behörden am Montag eine offizielle Mitteilung darüber veröffentlichen würden. Am Montag hatte der Vertreter des Politischen Komitees eine Unterredung mit Jurjupa, der folgendes erklärte: „Wir ist über den Selbstmord Timofejews nichts bekannt, da ich vom Volkskommissariat der Justiz und vom Kommissariat des Innern keine offiziellen Nachrichten erhalten habe.“ Auf das Ersuchen des Mitteilers versprach Jurjupa Erläuterungen einzuziehen. Die hartnäckigen Gerüchte über den Tod Timofejews sind durch folgende nachgeprüfte Tatsachen verflüchtigt worden: Während des Prozesses wie nach seinem Abschluß sind die Verurteilten von den unteren Beamten der Politischen Partei und der Gefängnisverwaltung fortgesetzt in roher Weise behandelt worden; auf Befehl des Verwaltungschefs Unschlicht wurden die Verurteilten täglich körperlich visitiert, wobei sie von den Beamten in roher Weise verhöhnt wurden; hinzu kam nach der Verurteilung das Verbot der Besuche der Angehörigen, die Aufhebung der Lebensmittelpakete und der täglichen 20 Minuten langen Spaziergänge in der freien Luft, die regelmäßigen Zellendurchsuchungen und Revision in jeder Nacht. Am 25. August wandte sich Timofejew im Namen aller Verurteilten an den Gefängnisdirektor mit dem Ersuchen, einige Normatibäten des neuen Regiments von Unschlicht zu mildern. Ohne Timofejew anzuhören, erwiderte dieser: „Bei der nächsten Klage geht Du in den Karzer!“ Am 27. August hatte Timofejew einen Nervenanfall und der wachhabende Bizekommandant, der die Zelle Timofejews betrat, befahl den Wachmannschaften: „Wenn er weitere Dummheiten macht, so zieht ihn die Pfandkette an und schafft ihn in den Karzer!“ Am 28. August wurde Timofejew nach einer der erwähnten Zellen gebracht. Hier erhängte er sich am Ventilator.

Prager Genossen und Genossinnen! Der heutigen Prager Lokalausgabe liegt ein Flugblatt zu der am Mittwoch den 13. September d. J. um 8 Uhr abends im großen Saal der Urania, Smetzkogasse, stattfindenden öffentlichen Versammlung bei. Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse. Referent Genosse Dr. Strauß, Redakteur des „Sozialdemokrat“. Genossen und Genossinnen! Entfaltet die regste Agitation, forget für die Weiterverbreitung der Flugblätter!

Einstellung der Elbedampfschiffahrt. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ aus Dresden erfährt, teilt die tschechisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft in Dresden mit, daß es ihr trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, zur Aufrechterhaltung der Elbschiffahrt deutsche Steinkohlen zu erhalten. Da die böhmische Kohle zu teuer sei, müsse der Betrieb auf der Elbe am 17. d. M. eingestellt werden.

Millionenkassenscheine in Wien. Aus Wien wird gemeldet: Da bei Leistungen von größeren Zahlungen das Fehlen von Banknotenabschnitten über höhere Beträge als eine bedeutende Erschwerung des ganzen Zahlungsverkehrs empfunden wird, bereitet die Oesterreichisch-Ungarische Bank die Ausgabe einer neuen Banknote zu 500.000 Kronen vor, die aber infolge technischer Schwierigkeiten erst in einiger Zeit dem Verkehr übergeben werden kann. Da es geboten erscheint, schon jetzt die Möglichkeit einer einfacheren Zahlungsweise zu schaffen, wird die Oesterreichisch-Ungarische Bank am 11. September d. J. durch ihre Hauptanstalt in Wien an die Herausgabe unversinallicher, bei Sicht zahlbarer Kassenscheine über eine Million und über fünf Millionen Kronen schreiben. Sobald der Verkehr mit den neuen Noten zu 500.000 Kronen versorgt sein wird, besteht die Absicht, die ausgegebenen Eichtassenscheine wieder aus dem Verkehr zu ziehen.

Ein Beitrag zum Sprachenrecht. Wichtig im Hinblick darauf, daß tausende deutsche Kinder im tschechoslowakischen Staate lediglich aus dem Grunde, daß die Nationalität ihres Vaters von tschechischen Amtsborganen nicht als deutsch anerkannt wurde, in tschechische Schulen gepreßt werden, ist die Nationalitätsbestimmung in der neuen Gesetzgebung. In der Eig. der Gesetze und Verordnungen ist nun unter Nr. 198 eine Regierungsverordnung der tschechoslowakischen Republik vom 14. Juni 1922 veröffentlicht, laut welcher bezüglich solcher Personen, die wegen eines Verbrechens, eines Vergehens oder einer Uebertretung verurteilt wurden, Strafzahlarten nach Formular 2 auszufüllen sind. Im Punkte 26 dieser Strafzahlart ist die Nationalität (narodnost) anzuführen. In welchem Falle die deutsche Nationalität und in welchem die tschechische anzuführen ist, darüber ist in der Belehrung eine genaue Anleitung enthalten. Diese Anleitung lautet wörtlich:

„Unter Nationalität versteht man die Stammeszugehörigkeit, deren hauptsächlichstes äußeres Merkmal in der Regel die Muttersprache ist. Die Juden können sich auch zur jüdischen Nationalität bekennen. Unzulässig ist, die Nationalität nach der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Landgebiete zu bezeichnen, z. B. Hannake, Mährler. Die Nationalität der Kinder bis zum 14. Lebensjahre richtet sich nach der Nationalität der Eltern. Sind die Eltern verschiedener Nationalität, richtet sich die Nationalität des Kindes darnach, wer von den Eltern das Kind in Obhut hat. Sind dies beide Elternseite oder ist es keiner von ihnen, oder ist die Sache strittig, dann richtet sich die Nationalität des Kindes nach der Mutter. Bei Jugendlichen über 14 Jahre oder bei erwachsenen Personen ist jene Nationalität einzutragen, zu welcher der Jugendliche sich selbst freiwillig bekennt.“

Da man nun annehmen darf, daß diese nur Straffällige betreffenden Bestimmungen kein Privileg darstellen sollen, sondern lediglich Ausführungsbestimmungen der allgemein gültigen Gesetze sind, so ist zu folgern, daß niemand Eltern dann, wenn die Kindesmutter nachweisbar deutsch ist, daran hindern kann, ihr Kind in die deutsche Schule zu schicken.

Fürst Schwarzenberg erläßt ein Manifest an seine Angehörigen, die er angesichts der drohenden Durchführung des Bodenreformgesetzes auffordert, sich in eine Linie zu gemeinsamer energischer Abwehr gegen jene Maßregeln zu stellen, die ihre Existenz bedrohen, um mit dem Arbeitgeber bis zum Ende auszuharren. Herr Johann Schwarzenberg erläßt Manifeste an sein Volk, die beinahe habsburgischen Sauch atmen. Vielleicht will er nicht aus der Lebung kommen. Denn man kann nicht wissen, schon einmal war ein tschechischer Johann — von Luxemburg — König. Vielleicht gelingt es ihm, sich als Johann II. — von Schwarzenberg krönen zu lassen.

Ein Bahnhof von Banditen überfallen. Wie aus Sarajevo gemeldet wird, haben 25 bewaffnete Räuber die Station Ruda in der Nähe von Sarajevo überfallen. Nach der Mittagspause erschienen plötzlich auf der Station bewaffnete Männer, die sich des Post- und Telegraphenamtes bemächtigten, und die telegraphische und telephonische Leitung sofort zerstörten. Hierauf erbrachen sie die Bahnkassette, aus der sie 15.000 Dinar entnahmen. Vor dem Bahnhofe hatten sich inzwischen annähernd 150 Leute angesammelt, unter denen sich meistens Arbeiter befanden, die soeben von ihrer Beschäftigung heimkehrten. Die Räuber zwangen die Menge, die Hände emporzustrecken und plünderten dann der Reihe nach jeden einzelnen aus, wobei ihnen an 100.000 Dinar in die Hände fielen. Die herbeigeeilte Gendarmerie wurde sofort entzweit. Um zwei Uhr lief in die Station ein Zug ein, auf den die Räuber das Feuer eröffneten. Der Zugführer hatte soviel Geistesgegenwart, daß er den Zug zurückfahren ließ, wodurch die Fahrgäste vor den Angriffen der Räuber verschont blieben. Die frechen Räuber, die Gendarmerieuniform trugen, verschwanden, als Gendarmerieverstärkungen aus Sarajevo herankamen. Die Gendarmerie nahm die Verfolgung der Räuber auf, doch konnte sie bisher niemandes habhaft werden.

Die anhaltende Hungersnot in der Ukraine. Das Oberkommissariat Ransens teilt mit, daß in der Ukraine immer noch große Hungersnot herrscht. Die Lebensmittelzufuhren genügen nicht, um der Not Herr zu werden. 250 Lebensmittelverteilungsstellen müßten infolge mangelnder Zufuhren geschlossen werden, wonach 96.000 Menschen unversorgt blieben, wenn nicht schleunigst weitere Hilfe eintrifft.

Hundeleben in Paris. Im „Pester Lloyd“ findet sich folgende bezeichnende Notiz: Nicht von jenem Hundeleben soll die Rede sein, das so mancher unter einem Brückenbogen mit der dungen Sorge erwachende Erdenpilger führt, wo er wohl sein müdes Haupt in der kommenden Nacht zur Ruhe betten werde, auch nicht von jenen, die da Zigarettenstummel sammeln, die dann in irgend-einer „ägyptischen“ Form das Licht der Welt wiederzuerblicken berufen sind. Der folgende Bericht soll das Leben der Hunde in Paris und speziell der Luxus Hunde schildern. In Paris sehen die Hunde auch nicht anders aus, wie sonst irgendwo, doch in Paris, wo eben alles zur Uebertreibung neigt, fällt es mehr auf. Toto, Fifi, Follotte, Koto oder Kiki kommt natürlich in einem fein ausgestatteten, wohlparfümierten Korbe zur Welt — das Licht der Welt erblickt er bekanntlich erst später. Und so wie jede Dame, die etwas auf ihre mondaine Würde hält, ihren eigenen Schneider hat, so hat natürlich jedes Luxushundchen seinen eigenen Schneider, die den ehrfamen Titel „Tailleurs“ führen. Nach

Krise in den deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 9. September (Wolff). Die Besprechungen mit den Vertretern der belgischen Regierung in der Frage der Schaffung der Reparationskommission sind heute zu Ende geführt. Ein abschließendes Ergebnis wurde noch nicht erreicht. Während in wesentlichen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, hat die Frage der Verlängerung der Laufzeit der Zahlwechsel über sechs Monate hinaus Schwierigkeiten ergeben, da diese Verlänge-

Der Prozeß gegen die Mathenau-mörder.

Berlin, 9. September (Eigenbericht). Im Mathenau-Prozeß ist bereits den Angeklagten die Anklageschrift übergeben worden. Die Anklage wird gegen 13 Personen erhoben. Gegen Ernst Tschow lautet die Anklage auf Mord. Die übrigen Angeklagten werden der Beihilfe zum Mord beschuldigt. Die beiden Hauptschuldigen des Mordprozesses haben sich bekanntlich durch Selbstmord der Gerechtigkeit entzogen. Die Anklageschrift sieht es als erwiesen an, daß die Tat aus fanatischem Antisemitismus begangen wurde. Die Angeklagten,

in Tautou nicht ganz fahrlässig auf seinen kleinen Weindchen, aber derselbe muß er schon werden. So etwas kann sich seine Herrin wohl erlauben. „Eines schadet sich nicht für alle,“ jedenfalls dürfen Koko, Fifi, usw. nicht nackt herumlaufen, und dementsprechend führt der erste Weg auch in die „Academie de Modes pour Citoyens“, die sich in einer der elegantesten Straßen befindet. Hemden, Höschen, Röcke, Ueberkleidung, Regenmäntel, Taschentücher in den feinsten Stoffen und seltensten Nuancen, dann Toilettegegenstände: Zahnbürsten, Schwämme, Kämmen, Cremes, Seifen, Parfüms, Bademäntel, kurz alles, was sich eine Luxusdame, beziehungsweise Luxusmann nur wünschen kann, steht zur Verfügung. „Für den Vog empfehle ich Ihnen einen Herbstmantel aus Covercoat. Das Kleid entzückt und!“ Oder: „Für die Pelzhändlerin rate ich zu einem weißen Wolmanneil in Kimonosform mit violettfarbenen Aufschlag und Gürtel. Keuchst distinguiert!“ Jedenfalls kann sich das also ausgestattete Hündchen überall sehen lassen. Es bliebe noch ein Wort über den Preis zu berichten. Und zwar bloß: Bei dem heutigen Kurs der Franc könnte man sich in Budapest für die Ausstattung eines solchen Luxus Hundes beinahe ein dreistündiges Haus kaufen.

Die Verlegung der deutschen Hochschulen. Sämtliche deutsche Parteien berufen für Sonntag, den 10. d. M. eine öffentliche Volksversammlung nach Reichenberg ein, in der über die Forderung der Verlegung der deutschen Hochschulen aus Prag verhandelt werden soll. Bei der Tagung werden sprechen: Für die deutschen Sozialdemokraten Abg. Gen. Hoffmann, für die demokratische Freiheitspartei Abg. Kostka, für die Nationalpartei Sen. Horst, für die christlichsoziale Partei Abg. Bohel oder Sen. Ledebur, für die Nationalsozialisten Abg. Simm, für den Bund der Landwirte Sen. Hübner. Ferner wird auch der Leiter des Studentenotopfers Univ.-Prof. Dr. Tschermak-Scheynegg das Wort ergreifen.

Brussa, die vielumstrittene Stadt in Kleinasien, gilt den Osmanen als der eigentliche Ausgangspunkt ihres Reiches und somit als heilige Stätte. Die ersten sechs Sultane sind hier begraben. Hoch oben auf der Burg, in der Moschee Daud-Monasteri liegt Urgan I., der im Jahre 1329 die Stadt den Griechen entzück und sie zur Residenz seines jungen Staates erhob. Vor den Toren Brussas errichtete er ein prächtiges, mit Jaspis und Marmor gezieres Grabdenkmal für seinen Vater Osman I., den ersten aller Sultane, der dem Volke der „Osmanen“ den Namen gegeben hat. Vier Kilometer westlich der Stadt, bei dem Ort Tschelkerli, liegt das stolze Mausoleum Murads I. Bis zum Jahre 1365 residierten die Sultane in Brussa, und an diese Zeit erinnert noch heute die große Moschee Ulu-Tschami, an der nach-einander Murad I., Bajazet I. und Mohammed I. gebaut haben. Dann zogen die Herrscher fort über die Dardanellen, um Adrianopel zur Residenz zu erheben. Aber Brussa blieb ein ansehnlicher, wichtiger Ort, auch nachdem es aufgehört hatte, die Hauptstadt des Reiches zu sein. Heute hat es über 90.000 Einwohner und nicht viel weniger als 200 Moscheen, von denen freilich viele nur Ruinen sind. Die Pforte in ihrem bunten Gewimmel halten den Vergleich mit denen Stambuls aus. Hohe Zypressen und Platanen beschatten die Plätze und reiche Gärten umgeben die Häuser. Hinter der Stadt erhebt sich der mächtige Schneegipfel des Koschisch-Dagh, des „Mönchbergs“, des mythischen Olymps der Alten. Ein reizender, an verschiedenen Stellen überbrückter Fluß geht mitten durch Brussa und scheidet den Stadtteil der Türken von dem Quartier der Armenier, das sich um zwei Kirchen gruppirt. Daraus folgt wieder, hinter einer engen Schlucht, das Griechenviertel. Die Christen machen etwa ein Drittel der Bevölkerung aus; Brussa hat einen armenischen Erzbischof und einen griechischen Metropolit. Auch die jüdische Kolonie mit ihren beiden Synagogen ist nicht unbedeutend. Brussas günstige Lage — es ist nur 80 Kilometer vom Marmara-Meer entfernt — hat es zu einer der bedeutendsten Handelsstädte der Türkei gemacht. Besonders wichtig ist die Seidenindustrie. Die Wurmstoffe und Bademäntel von Brussa sind im ganzen Orient bekannt. Auch das große Erdbeben vom Jahre 1855 hat das Geschäftsleben der Stadt nicht dauernd zu stören vermocht. Damals verlegten die berühmten warmen Quellen von Brussa, sehten dann aber mit solchen Wassermengen zurück, daß mehrere Häuser der gleichzeitig auch von schweren Feuerbränden heimgesuchten Stadt in den hohen Fluten versanken. Ubrigens

nach Auffassung der belgischen Regierung über den Rahmen der Entscheidung der Reparationskommission hinausgeht. Die belgischen Vertreter werden morgen mittags nach Brüssel zurückreisen, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Sie betrachten ihr oben umschriebenes Mandat augenblicklich als beendet, was jedoch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht entgegensteht.

jumeist Studenten und Kaufleute, gehören fast durchwegs der Brigade Erhardt an und in den Mitglieder der Organisation C.

Devisenrückgang in Berlin.

Berlin, 9. September (Eigenbericht). Auf dem Devisenmarkt herrschte heute ruhige Stimmung. Fast sämtliche Devisen haben im Laufe des Geschäftes nach; so ging der Dollar von 1428 auf 1368, das Pfund Sterling von 4611 auf 4092 und die tschechische Krone von 46.49 auf 45.19 hinunter.

sind die Schwefelbäder auch ein von den Griechen Kleines vielbesuchter Wallfahrtsort, weil hier der St. Patricius den Märtyrertod fand.

Die Frauen beim Völkerverbund. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zahl der weiblichen Teilnehmer an der Völkerverbunderversammlung in Genf in stetigem Wachsen begriffen ist. Die skandinavischen Länder, Rumänien und Siam ebenso wie Australien und das Vereinigte britische Königreich haben jetzt weibliche Delegierte zu den Verhandlungen entsandt. Die britische Delegierte, Mrs. Coombe Kennan, wird an den Beratungen von sechs Kommissionen teilnehmen, von denen sich eine mit sozialen Fragen im Zusammenhang mit dem Frauen- und Kinderhandel beschäftigt wird.

Der Zucker mit Milch in Prag. Bei einer Revision der Milchhandlungen in Prag wurde festgestellt, daß in vielen Geschäften ein Liter Milch noch um vier Kronen verkauft werde. Es wurde auch festgestellt, daß die Milch in vielen Fällen bis zur Hälfte durch Wasser verfälscht ist. Gegen die Schuldigen wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Eine Wirtschaftskontrolle über das Prager tschechische Nationaltheater? Wie die tschechische Presse meldet, soll für das tschechische Nationaltheater eine Wirtschaftskontrolle eingeführt werden. Diese Maßnahme soll zur Beruhigung des Publikums dienen, das durch den Gegensatz zwischen dem Weinberger und dem Nationaltheater beunruhigt wurde.

Beschränkung der Erteilung von Sichtvermerken nach Deutschland. Die deutsche Gesandtschaft in Prag teilt mit: Die deutschen Passstellen in der Tschechoslowakei sind angewiesen worden, bis auf weiteres Sichtvermerke für die Reise nach Sachsen nur noch in denjenigen Fällen zu erteilen, in denen die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Reise nachgewiesen wird. — Die verläutet, werden nach den übrigen Ländern Deutschlands ab Montag nur Dauervisa für Geschäftsleute erteilt werden. Die Ausgabe dieser Visa nach Sachsen ist überdies an die vorstehenden Bedingungen gebunden.

Die Berliner Kinos sollen gesperrt werden. Zum Protest gegen die hohe Lustbarkeitssteuer haben die Verbände der Berliner Lichtspieltheater beschlossen, ihre sämtlichen Betriebe ab 22. d. M. zu schließen und die Angestellten zu entlassen. Hierdurch würden etwa 6000 Angestellte brotlos. Es handelt sich um die Schließung von 330 Theatern mit 120.000 Sitzplätzen.

Forderungen der Schuldlosen. Die Schuldlosen haben in ihrer Versammlung in Kuffig u. a. beschlossen: Schluß der Turnstunde der Vereine und sonstiger Kurse längstens bis 8 Uhr abends, damit die Räume noch rechtzeitig gereinigt werden können; für zwei Stunden wöchentlich haben Vereine 300 K als Vorschubbetrag zu entrichten; Wittwooch und Samstag nachmittag soll für gründliches Reinemachen frei sein; Einhaltung der Sonntagsruhe; folglich auch kein Unterricht; zu Weihachten sollen die Ferien bis 6. Jänner dauern, von Palmsonntag bis Wittwooch nach Ostern und vier Tage zu Pfingsten sollen frei sein; auch Semesterferien muß es geben, sonst können die Schulhäuser nicht in Ordnung gehalten werden.

Der Raubmord in Brüx. Der verhaftete Raub-Führer ein umfassendes Geständnis ab und schilderte die Tat folgendermaßen: Schon vor längerer Zeit hatten Janobstly und Ruchak mit einander verabredet, einen Diebstahl in der Wohnung der Mayer zu unternehmen. Es war ihnen bekannt, daß die reiche Frau jeden Samstag abends ins Theater gehe. Die Durchführung des Diebstahls hatten sie für den Abend des 23. Juli verabredet. Da sie jedoch nicht den Mut zur Vollführung der Tat hatten, gingen sie in ein nahe Gasthaus, wo sie bis 1 Uhr Karten spielten. Sodann begaben sie sich zu dem Hause der Mayer, kletterten über den Gartenzaun, drückten das Fenster des Parterres ein und stiegen in das Haus. Durch das hiedurch verursachte Geräusch erwachte die Mayer, die bereits zu Hause war, und ging in das Zimmer, wo sie das Geräusch vermutete. Ruchak versteckte sich rasch unter dem Tisch und Janobstly hinter die Türe. Als die Mayer zum offenen Fenster trat, stürzte Ruchak hervor, packte sie beim Hals, warf sie zu Boden und würgte sie, während Janobstly, der gleichfalls hinzugesprungen war, ihr einen Knebel in den Mund steckte. Dann machten sie sich an die Ausraubung der Wohnung. Als sie die Wohnung verlassen wollten, sahen sie, daß die Mayer bereits tot war. Sie begaben sich dann auf den Brüxer Bahnhof, wo sie die Beute teilten.

Telegramme.

Oesterreichische Kommissionen in Genf.

Genf, 9. Sept. Der vom Völkerverbundrate eingesetzte fünfgliedrige Ausschuss für österreichische Angelegenheiten hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, das Studium des finanziellen Teiles der österreichischen Frage dem Finanzausschuss und des wirtschaftlichen Teiles dem Wirtschaftsausschuss zu übertragen. Daneben wurde ein aus drei Fachmännern bestehendes Komitee mit dem Studium des Problems in juristischer Beziehung betraut. Alle drei Ausschüsse sollen unverzüglich der österreichischen Hauptkommission Bericht erstatten.

Lebensmittelunruhen und Pogrom in Kattowitz.

Berlin, 9. Sept. (Tsch. P.) Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“, kam es gestern nachmittags in Kattowitz zu neuen ersten Lebensmittelunruhen. Die Belgeschäften der umliegenden Gruben demonstrierten vor der Wojwodschast gegen die Teuerung und gegen die nur teilweise zur Auszahlung gebrachten Löhne. Die auf dem Markte befindlichen Kaufstände wurden geplündert. Es kam auch wieder zu Judenverfolgungen. Nach Ausbruch der Unruhen wurden starke Polizeitruppen eingesetzt.

Georgiens Appel an den Völkerverbund.

Genf, 8. September. Die georgische Regierung hat an die Völkerverbunderversammlung ein Memorandum gerichtet, worin sie gegen die widerrechtliche Besetzung Georgiens durch die bolschewistischen Truppen und deren Terrorismus protestiert. Die georgische Regierung hofft, daß die Völkerverbunderversammlung Mittel und Wege finden wird, um die Leiden der georgischen Bevölkerung zu lindern.

Ratifikation der Donaukonvention.

Paris, 9. September. (Savas. Amtlich.) Die Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Griechenlands, Italiens, Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei haben dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten die Ratifikation der Donaukonvention durch ihre Regierungen vorgelegt. Die Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Bulgariens und Ungarns haben diese Konvention genehmigt und gleichfalls durch ihre Regierungen die Ratifikation niedergelegt.

Den Reichen.

Von Edward Carpenter.

Sind sie nicht mein, die ewigen Hügel, sagt der Herr, von wo aus ich, über die Föhrenspitzen hinweg, in die Täler blicke?

Die saligen Tristen mit braunem und rotem Weidevieh und die Ströme mit Wehren und Wassermühlen?

Und die saftblühenden Aehren und die Kelche der leuchtenden Apfelblüte —

Von meinen Bergterassen übersehe ich wie von einem Throne meine Länder —

Sind sie nicht mein, wo ich wohne — und für meine Kinder?

Die lange wolle ihr sie mit dem Reiz eures Schmeines überziehen und mit dem Geschwäg von Reichen und Eigentum?

Wie lange wolle ihr eure Häuser bauen, um euch und euer Jeng darin zu verbergen; um euch von euren Brüdern und Schwestern abzuschließen — und von mir?

Hilft euch! — denn ich bin der Sturm; mich scheren eure Eigentumsrechte nicht!

Mit Bliz und Donner, mit Flut und Feuer will ich eure Felder zerstören und verheeren!

Eure Erstgeborenen will ich in eurem Hause schlagen und ich will euren Reichtum zum Spott machen!

Narren, die von Tag zu Tag, von Stund' zu Stund' nicht wissen, ob sie leben werden!

Und die dennoch einander die Dinge entreißen wollen, die ich ihnen in Fülle gab!

Denn ich will keinen, der nicht allen seine Tür öffnet und anderen Klob, was ich ihm gegeben habe!

Die Bäume, die ihre Äste gegen den Abendhimmel strecken, der Marmor, den ich seit Millionen Jahren in der Erde bereite, das Weidevieh, das über Myriaden von Hügel streift — mein sind sie für alle meine Kinder —

Und wenn du deine Hände auf sie legst, um sie allein für dich zu haben — dann bist du verflucht!

Der Fluß des Eigentums wird sich an dich hängen;

Mit beschwerter Braue und bedrücktem Herzen, matt, der Freude unfähig, ohne Frohsitt,

Wirft du Fremder im eigenen Lande, das ich zu deiner Wonne schuf, umherzrieden!

Der kleinste Vogel an deinem Gute wird in Zweigen Freiheit singen, der junge Ackermann wird in der Furche pfeifen —

Aber du wirst verdrossen und einsam sein — vergessen und ein Abgeschlossener unter Menschen: Denn genau so weit du dich vom geringsten meiner Kinder abgeschlossener hast, hast du dich von mir abgeschlossener!

Ich, der Gott Demos, habe es gesprochen — und die Berge sind mein Thron!

(Uebersetzung von Max Dage.)

Kleine Chronik.

Die Besetzung des Mount Everest. Das stolze Ziel, das sich die Geographische Gesellschaft von England gesetzt hat, die Besetzung des Mount Everest, scheint nach einer Nachricht der „Times“ nicht aufgegeben zu sein. Die Septembernummer des „Geographical Journal“ enthält nämlich einen Artikel, in dem gesagt wird, daß die endgültige Besetzung des Berggipfels einer dritten Expedition vorbehalten sei. Ob diese schon im nächsten Jahr erfolgen soll, wird nicht gesagt. Die trefflich ausgerüstete Expedition dieses Jahres, die unter der Leitung des Generals Bruce aufgrund der Erfahrungen der von Oberst Howard Bury geleiteten Vorpedition des letzten Jahres sich der mühevollen Aufgabe unterzog, mußte, wie bekannt, einige hundert Meter vor Erreichung des Zieles umkehren, in der Hauptsache, weil die ungünstigen Witterungsverhältnisse die Fortschritte des Aufstieges unmöglich machten.

Mit dem Auto in die Niagara-Fälle. Eine Frau Agatha Miller aus Buffalo in Ohio machte kürzlich, wie aus Cleveland gemeldet wird, mit ihrem Gatten, und mehreren Bekannten einen Ausflug von Buffalo aus zur Besichtigung der Niagara-Fälle. Man verließ das Auto in der Nähe der Eisenbahnbrücke, um zu Fuß den Weg zu den Fällen anzutreten. Frau Miller trennte sich hier von der Gesellschaft und schritt allein zu dem Wagen zurück, in dem sie Platz nahm. Plötzlich setzte sich das Auto in Bewegung und fuhr in immer schnellerem Tempo in der Richtung der Fälle davon. Vergebens bemüht sich mehrere beherzte Männer, es durch Ergreifen der Stoßflügel zum Stehen zu bringen. Der Wagen fuhr in rasender Fahrt dem Abgrund zu und stürzte in die Fälle, wo er auf den Klippen in einer Tiefe von etwa 70 Meter zerfiel.

Bilderräufungen in Paris. Auf Grund einer Anzeige der Familie des verstorbenen französischen Malers Carrière hat der Untersuchungsrichter die Beschlagnahme einer großen Anzahl von Bildern verfügt, die die Signaturen berühmter französischer Maler des vorigen Jahrhunderts tragen. Unter ihnen befinden sich auch mehrere angebliche Bilder Carrières, die ausnahmslos als gefälscht bereits erkannt sind. Wenn also die beschlagnahmten Gemälde echt wären, so würden sie Millionenwerte darstellen. Sie wurden in der bescheidenen Wohnung eines völlig unbekanntem Malers in Paris aufgefunden, der versichert, sie bei verschiedenen Gelegenheiten käuflich erworben zu haben, ohne daß er aber nähere Angaben über den Kauf zu machen vermag. Als die Siegel angelegt wurden, stellte der Beamte verwundert fest, daß viele der Signaturen, die bei der ersten polizeilichen Hausdurchsuchung bemerkt wurden, verschwunden waren. Sie waren ersichtlich ausgekratzt oder übermalt worden. Der Untersuchungsrichter ist überzeugt, daß, wenn man auch nicht gerade von einer Pariser Industrie der Bilderräufungen sprechen kann, man sich doch einer großangelegten Organisation gegenüber befindet, die mit viel Sachkenntnis darauf ausgeht, unsignierte Bilder zu erwerben, die in Stoff und Behandlung geeignet sind, einem berühmten Maler untergehoben zu werden.

Streit um ein historisches Henkerbeil. Ist das Messer der Guillotine, das kürzlich dem Pariser Carneval-Museum zum Geschenk gemacht wurde, wirklich das Henkerbeil, mit dem der Kopf Ludwigs XVI. vom Körper getrennt wurde? Diese Streitfrage beschäftigt gegenwärtig englische Gelehrte, denn bisher galt das Beil, das in dem berühmten Panoptikum der Rme. Tuffand aufbewahrt wird, als das echte. Das französische Guillotinenmesser soll aus dem „Nachlaß“ des Henkers der Revolution, Simon, stammen. Aber es wird nun darauf hingewiesen, daß Simon überhaupt nichts hinterlassen hat. Seine Vermögensverhältnisse waren zu leicht so schlecht, daß er sogar die Guillotine ins Pfandhaus getragen hatte und nur den Pfandschein vorzeigen konnte, als er den nächsten Auftrag zum Guillotinierten erhielt.

Verteidigung des französischen Militarismus.

Genf, 9. September. (Havas.) Der Ausschuss für Einschränkung der Rüstungen erhielt von der französischen Regierung die Antwort auf das Ersuchen, ihm die militärischen Erfordernisse klarzulegen.

Das französische Exposé unterscheidet: 1. Die aus der Durchführung der Friedensverträge erwachsenden Erfordernisse und 2. die die eigene Sicherheit betreffenden Erfordernisse. Mit Rücksicht auf die ersteren sind 160.000 Mann erforderlich, die auf das Rhein- und das Saargebiet, Konstantinopel und die Meerengen, weite Syrien, Kamerun und Togo verteilt werden. Keiner Macht wurden diesbezüglich so wichtige Verpflichtungen auferlegt, wie Frankreich. Das die Erfordernisse zur Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit anbelangt, sind vor allem 230.000 Mann zum Schutz des Kolonialgebietes und dann mindestens 125.000 Mann zur Aufrechterhaltung der Disziplin im Innern notwendig, da Frankreich außer 230.000 Gendarmen und der republikanischen Wache nicht, wie einige andere Staaten, besondere Kräfte besitzt, welche mit dieser Aufgabe zu betrauen waren, und deshalb sich auf seine Truppen verlassen müsse.

Die Schilderung der militärischen Erfordernisse zum Schutz des eigenen Gebietes beginnt mit einer Lobrede auf Frankreichs Friedensliebe seit 1870 und fährt dann fort: Frankreich würde sich seiner elementaren Verteidigung begeben, wenn es nicht seine Blicke auf die neu eroberten Grenzen richtete und alle Wachsamkeitsmaßnahmen gegenüber einer eventuellen neuen Katastrophe treffen würde. Frankreich wünsche den Frieden, es sei fraglich, ob auch in dem jüngst geschlagenen Deutschland alle die Erhaltung des Friedens wünsche. Die ungeheure qualitätige Bewegung, welche in Deutschland von Tag zu Tag wächst, und sich nicht vor periodischen Wenden scheut, bezeugt, daß dort wenig Mut besteht, dieser ungeheuren Lawine Einhalt zu tun. Wenn die deutsche Regierung derartige Taten verurteilt, so ist dies kein hinlänglicher Beweis dafür, daß sie auch genug Kraft besäße, dieser Bewegung Einhalt zu tun. Man könne sagen, daß der Versailler Friedensvertrag in Deutschland für ungerecht und unerträglich, daß er als ein grober Gewaltakt und eine Verhöhnung aller Friedensbestrebungen angesehen werde. Der Vergeltungsgedanke, welcher methodisch gegen Frankreich gerichtet ist, wird täglich von der pan-germanistischen Presse verbreitet und angepöbeln und ist von militärischen Rundgedungen unterstützt, gegen welche jede Amtsgewalt sich schwach erweist. Der Vergeltungsgedanke breitet sich in der Bevölkerung ständig aus. (Das ist die Frucht aus der Ausfaat der Pfandkreuzer, die so ihren

französischen Gefinnungsgenossen in die Hände arbeiten. D. Red.)

Hauptursachen möglicher Konflikte sind vor allem 1. die Deutschland benachbarten und durch die Friedensverträge geschaffenen Staaten, 2. Oberschlesien, dessen Grenzen von der Mehrheit der Deutschen für interimistisch angesehen werden. 3. Das Saargebiet, wo die Volksabstimmung nach dreizehn Jahren für ungültig erklärt werden wird, falls ihr Ergebnis für Frankreich günstig sein wird. 4. Oesterreich, dessen Anschließung an Deutschland alle Deutschen ersehnen. 5. Rußland, welcher der gemeinsame Haß gegen Polen mit Deutschland verknüpft und dessen Kolonisierung von der deutschen Industrie methodisch vorbereitet wird.

Die militärischen Möglichkeiten Deutschlands muß man in Erwägung ziehen mit Rücksicht auf den Truppeneffektivbestand, die Führung, das Kriegsmaterial und die Mobilisierungsmöglichkeiten. Der Friedensvertrag macht es zwar Deutschland unmöglich, diese vier Faktoren gleichzeitig in Angriff zu nehmen wie im Jahre 1914, doch könnte das von kriegerischem Geist durchdrungene Deutschland seine Kraft allmählich zur Geltung bringen. Durch eine Vermehrung der Reichswehrabteilungen könnte innerhalb eines Monats eine erhebliche Zahl von Divisionen mobilisiert werden, denen sich dann binnen kurzem neue anschließen würden. Auch dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, daß mit dem Verschwinden der interalliierten Kommission die durch freiwillige verstärkte Schutzpolizei in ausgiebiger Weise zur Mobilisierung beitragen würde. Diese Umstände legen Frankreich schwere Verpflichtungen auf.

Die militärischen und technischen Sachverständigen in Frankreich haben sich einmütig dahin ausgesprochen, daß man 32 Divisionen beibehalten müsse, und zwar 6 Divisionen mit 92.000 Mann im Rheingebiete, weitere 487.000 Mann zählende 26 Divisionen auf französischem Gebiete, und dazu die für internationale und koloniale Zwecke erforderlichen Truppen, insgesamt 725.000 Mann. Die französische Regierung hat 690.000 Mann als das Minimum erklärt, ohne das sie ihr Auskommen nicht finden kann, um irgend einem Gelüste nach einem Einfall in Frankreich zu steuern. Gegenüber dem Jahre 1913 hat Frankreich den Effektivstand um 200.000 Mann und die Dienstzeit auf die Hälfte herabgesetzt. Es wurden 400 Kompanien und 100 Eskadronen aufgehoben. Die Herabsetzung der Löhnung im Jahre 1918 betrug 36 Prozent und wird 50 Prozent erreichen, sobald die Washingtoner Konvention verwirklicht sein wird. Die Militärausgaben betragen im Jahre 1920: 7648 Millionen, im Jahre 1921 6312 Millionen und sind im Jahre 1922 auf 4110 Millionen gesunken.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Stellungnahme der Hohenecker Arbeiterchaft zu den Betriebsstilllegungen.

Die Krise hat sich im Hohenecker Gebiete vorerst dadurch bei der Arbeitnehmerschaft bemerkbar gemacht, daß die Unternehmer verfuhrten, den Arbeitern die Löhne trotz Kollektivvertrag zu kürzen. Da sich die Arbeiterschaft gegen dieses Anstalten naturgemäß verzweifelt wehrte, so drohte man einfach mit der Sperrung der Betriebe. Es wurde erst der Versuch gemacht, die Arbeiter bei zwei-, ja eineinhalbblätiger Arbeit

fixe zu machen, als dies jedoch nicht den gewünschten Erfolg aufwies, wurde am 1. September der Vertrag der Hohenecker Baumwollindustrie gekündigt, und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Betriebe gesperrt werden sollen.

Zu diesen Betriebsperrungen nahmen die Arbeiter vorerst in zwei Vertrauensmännerversammlungen Stellung, welche am 2. September und 3. September in Hoheneck und Arnau stattfanden. In beiden Sitzungen berichtete Genosse Freund über den Stand der Dinge, Aus der zum Teil hitzigen Debatte konnte entnommen werden, daß die Stimmung unter der Arbeiterschaft bereits sehr gereizt war, und den Vertrauensleuten fiel es schwer, Ruhe und Ordnung auf

die Dauer aufrecht zu erhalten. In beiden Sitzungen wurde dann beschlossen, daß am 4. September eine Deputation bei der pol. Bezirksverwaltung vorzusprechen soll, welche die Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft in energichster Weise vorbringen soll. Diese Deputation, bestehend aus 16 gewählten Vertrauensleuten unter Führung der Genossen Macal, Freund und Lorenz fand sich dann auch pünktlich um 9 Uhr Montag früh bei der Behörde in Hofenelcke ein. Ministerialrat Gogela empfing sie. Genosse Macal verwies auf die kritische Situation, in welcher sich die Arbeiterschaft befindet, machte unumwunden auf die Gefahr aufmerksam, welche durch die Betriebsstilllegung dem Bezirke droht und schaute im Namen der Vertrauensmänner jede Verantwortung für die kommenden Dinge ab, wenn nicht nicht in letzter Stunde von der Regierung alles unternommen wird, was zur Linderung der Not beitragen kann. Die konkreten Forderungen welche Genosse Macal zur Weiterleitung nach Prag überreichte, lauten:

1. Keine Entlassungen der Arbeiter.
2. Sofortige Umweisung von Geldern an die Unternehmer, damit sie die Arbeitslosenunterstützung im Betriebe auszahlen.
3. Sofortige Schaffung eines Gesetzes über die Verwaltungskommissionen gegen diejenigen Unternehmer, die zum Schaden der Republik arbeiten, damit die Möglichkeit besteht, die Unternehmer auf die Nichtigkeit der schlechten Lage zu kontrollieren.
4. Einwirkung der Regierung auf die Preisregulierung der Bedarfsartikel im Einklange mit den Löhnen der Arbeiter.
5. Von Seiten der Regierung sind sofort Wohnungsbauten in Angriff zu nehmen.
6. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an alle Arbeitslose ohne Unterschied des Alters und Geschlechts.

Diese Forderungen wurden mit dem Bemerken überreicht, daß die Arbeiterschaft in allerhöchster Zeit eine günstig lautende Antwort aus Prag erwartet, da es sonst nicht möglich sein wird, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Genosse Freund kritisierte die Verschleppung der Frage der Paritätskommission und verlangte, daß diese ehestens ihre Arbeiten aufnimmt. Des weiteren ersuchte er um möglichst rasche Herbeiführung einer Aussprache mit den Unternehmern, um die Fragen der Entlassungen und der Arbeitslosenunterstützung zu bereinigen. Herr Bezirkshauptmann Gogela versicherte in erfreulicher Weise der Deputation seine Sympathie zur Arbeiterschaft und versprach, die Regierung sofort über all das Vorgetragene zu unterrichten und zu befürworten.

Bereits drei Tage später, am 7. September nachmittags, fand die Aussprache mit den Unternehmern statt. Die Unternehmer schienen sich des Ernstes der Situation voll bewußt, denn sie erschienen so zahlreich, wie sie wohl noch nie zu Verhandlungen gekommen sind. Das ganze Elbetal war vertreten. Den Vorsitz führte Herr Ministerialrat Gogela.

Genosse Erben verdoelmte die Wünsche der Arbeiterschaft. Der Unternehmersekretär Dr. Gubner erwiderte, daß die Entlassungen keine beschlossene Sache seien, sondern daß es vielmehr dem einzelnen Unternehmer überlassen bleibe, was er zu tun gedenkt. Die Entlassungen sollen nur deshalb vorgenommen werden, damit die Unternehmer während der Stilllegung von der Steuer befreit würden. Es sollen auch die Arbeiter nach Möglichkeit wieder eingestellt werden, nur müsse es den einzelnen überlassen werden, ob die Betriebsleuten oder die alten Arbeiter berücksichtigt werden sollen.

Genosse Freund verwies auf die Befürchtung der Vertrauensleute und Betriebsausschüsse, daß diese bei der Wiederaufnahme der Arbeit keine Berücksichtigung finden werden. Daraus erklärte Dr. Gubner unter Zustimmung der Unterneh-

Rees Dooril.

(15)

Ein flämischer Sittenroman von Georges Cethoud.

Aber Jürrie wollte seine Freiheit behalten und dem lüderlichen Leben nachgehen, solange es ihm gefiel; er wollte mit seiner unabhängigen, sinnlichen Person überallhin spazieren gehen, wo es nur zu gehen gab: auf die fetten „teerdagen“, an denen sich die Bruderschaften amüsieren, auf die Kirnessen, wo es Würste und Kuchen gab, auf die Festtage der Weiler im Polder und in den Dünen. Diesmal hatte seine seine Nase ihn zu seinen Freunden, den Stevens, geführt, wo er mit Annemie, den Andries und zahlreichen Vettern und Verwandten der Gastgeber zusammentraf. Diese Gesellschaft hatte die feinen Stücke eines fetten Schweines von den Thoren bis zum Schwanz unter sich verteilt. Dann hatten sie sich über mehrere Schüsseln Reis, mit Milch und Safran zubereitet und mit Zucker bestricht, hergemacht. Und da man diese ganze Last hinterherwerfen mußte, bog man sie mit einem Fäßchen starken Kirnmesbiere. Daher kam es auch, daß die Gäste von Meister Stevens alle fröhlicher und geschwätziger Laune waren.

In dem Saale drängten sich die Männer und die Frauen um die Tische. Die Bierpumpen waren ohne Unterlaß in Bewegung, die Pfeifen brannten beständig, die Gläser stießen aneinander, die Gäste verjerten gegenseitig zuweilen einen freundschaftlichen Klaps, und unter den geschwätzten Balken der schon dreihundert Jahre alten Decke langten Säulen von Rauch. Drei junge Bauern traten in die Stube. Der eine trug unterm Arm ein Ferkel, das er auf der Messe gekauft hatte. Das rosige Tierchen das so seit war wie ein hübsches rundes Nüdelchen, zitterte und grunzte vor lauter Furcht.

Jürgen Jaas redete den Mann mit dem Ferkel — es war ein Handlanger aus Stabroek — an:

„De! Jan Flip! Roter Flip! Komm mal her! Was forderst du für diesen Apffel?“

„Den belonunst du noch nicht für den Dukaten, den du in der Tasche hast, weißer Jürgen.“

„Nur langsam, Flippele. Mit dem, was ich in der Tasche habe, könnte ich das Ferkel mit seinem Herrn kaufen.“

„Zudem er sich bei diesen Worten weit zurücklehnte und mit der Hand tief in die Tasche griff, warf er ein Fünffrankenstück auf den Tisch.“

„Nur fünf Franken für ein ganzes Schwein?“ bemerkte Flip. „Nicht einen Schinken!“

„Doch, alle vier, mein Vetter...“ Sagen wir sechs Franken und trinken wir ein Glas zusammen. Also, Frau Wirtin, zwei Glas! Willst du?“

„Nein, acht Franken, oder ich will nichts mehr davon wissen, mein lieber Jürgen.“

„Versuchtet Kerl, da laßt du acht Franken.“

Als Jürgen nun im Besitze seines Tieres war, fing er an, dasselbe zu quälen. Er packte es mit beiden Händen, hielt die Nase vor dessen Schnauze und blies ihm Tabakrauch in die kleinen verlegenen Augen.

Annemie mischte sich jedoch dazwischen: „Wie können Sie doch solch ein armseliges Tierchen aufzaden? Es wird kaputt sein, ehe Sie nach Vetrendrecht kommen!“

Aber Jürgen wollte sich für seine acht Franken daran, das Tier unter die Räder seiner Nachbarn laufen zu lassen, und als die Witwe sich wehrte, sagte der lustige Bruder, indem er unter den Tisch kroch, er wolle bloß sein Tier wieder haben. Die Frauen schrien alle zugleich, aber es war besonders die Meisterin, die seinen Angriffen ausgefetzt war. Sie war feuerrot geworden und schrie aus vollem Halse:

„Gnuif, gnuif! Es ist das Ferkel!“ sagte Jürgen, indem er noch immer unterm Tisch herumwühlte.

Im ganzen Saal hielt man sich den Bauch vor Lachen. Die Bauern stießen ihre Frauen in die Seite, und in allen Ecken hörte man:

„Hi, hi! Es ist das Ferkel!“

„Das Tier hatte sich inzwischen in eine Ecke geflüchtet, und nun machten sich alle auf, um es wieder einzufangen.“

Witten in dem Tumult wurde ein Tisch umgestoßen, die Gläser rollten zur Erde und zerbrachen in tausend Stücke.

Als der Tumult ein wenig vorüber war, sagte Wannes Andries, der über den verlaufenen Weirendechter und seine leichtsinnige Schwester unruhig zu werden ansang:

„Lacht uns gehen; es ist genug der Tollheit!“

So machte man sich denn auf. Aber Jürgen reklamierte sein Ferkel. Das geplagte Tier hatte das Aussehen eines Castes bemitt, um sich durch die halbgeöffnete Tür davonzumachen.

„Dah! Das Spiel ist zu Ende. Man hat doch wenigstens dabei gelacht!“ bemerkte der Lustigmacher ganz verständlich.

Sie begaben sich nach dem Dorfe hin. Der Lärm hatte jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Man hörte ihn schon aus der Ferne, und die Lampen der Buden leuchteten wie rote Fledern in der dunklen Nacht.

Jürgen ging neben der jungen Witwe einher.

„Meisterin Annemie, was halten Sie von mir?“ fragte er sie.

„Sie sind ein drolliger Mensch, aber ich mag solche Menschen gut leiden.“

„Das Leben ist kurz, die Kirnmesbiere sind selten. Man findet nicht jeden Tag ein Paar passender Schuhe.“

Sie mißte beifällig zu diesen Sprüchen, aber

im Grunde war sie träumerisch und verlegen. Dieser Purfche amüsierte sie nicht bloß, sondern fing auch an, ihr zu gefallen.

Jürgen wurde immer kühner.

„Meisterin!“ sagte er auf einmal mit einem scheinbar spöttischen Tone, der aber eine gewisse Erregung verriet. „Meisterin, wenn eine solide Frau wie Sie so ein Pfarrfind wie mich haben wollte, ich glaube, der Pfarrer von Dinghelaar wäre wohl auch damit einverstanden. Was meinen Sie dazu?“

„Das sind Dumtheiten,“ antwortete sie, indem sie gleichfalls einen gleichgültigen Ton anzuschlagen suchte. „Solcherlei Zeug reden die Junggesellen immer, wenn sie getrunken haben.“

Er gab jedoch nicht nach:

„Lachen Sie über mich, Meisterin, aber sagen Sie nicht nein. Man wird alles müde, selbst Witwe zu sein oder ein herrliches Leben zu führen. Wo des Pfarrers Predigten unsonst sind und der alte Jaas sich unsonst ärgert, da könnten Sie noch etwas fertigmachen, Meisterin Eramp. Ihnen zuliebe würde ich mich bessern und ein anderes Leben anfangen. Werden Sie doch die Meinige!“

„Großes Kind, man sollte sagen, Sie seien noch ein unschuldiger Junggeselle. In Ihrem Alter hats noch Zeit!“

„Hören Sie mal,“ flüsterte er ihr zu, „überlegen Sie sich. Ich weiß eine gute Idee. Da ich einen schlechten Namen habe, so könnten Sie mich wohl auf die Probe stellen. Um anzufangen, werde ich bloß den Knecht spielen. Und wenn ich fleißig wäre, könnte ich vielleicht vom Gängeboden des Knechtes ins Bett der Meisterin hinabsteigen.“

„Man sieht, daß Jürgen Jaas gern Spöß macht,“ erwiderte Annemie, ohne näher auf seinen Vorschlag einzugehen.

(Fortsetzung folgt.)

mer, daß mit der Entlassung keine Hintergedanken verfolgt werden, daß also alle Vertrauensmänner wieder aufgenommen werden sollen.

Die Arbeiterschaft nimmt diese feierliche Erklärung zur Kenntnis. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung wurde von den Unternehmern zugesagt, daß diese die ersten 14 Tage im Betriebe ausbezahlt wird, und daß auch später die Löhne im Betriebe weitergeführt werden, sobald sich bei der Auszahlung keine Schwierigkeiten ergeben dürften. Es sprach dann noch der Genosse Macal, der davor warnte, die Ledigen und Jugendlichen bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung sowie auch bei der Wiederaufnahme der Arbeit zu verkürzen, da gerade diese am meisten zur elementaren Selbsthilfe geneigt sind. — Auch diese Aussprüche wird gewiß nicht ihren Zweck verfehlen.

Am Tage der Verhandlungen fand dann abends im Schützenhaus zu Hohenelbe eine von über 1000 Textilarbeitern besuchte Massenversammlung statt, in welche Genosse Erben-Teutonenau über die Wirtschaftskrise und die Schwierigkeiten referierte. Er verwies auf die Ursachen der Krise, die sich nun in Vertragskündigungen, Lohnabbau sowie allerlei Schikanen durch die Unternehmer der Arbeiterschaft wahrnehmbar macht, und zuletzt in eine allgemeine Betriebsstilllegung, das heißt Arbeitslosigkeit, Not, Hunger und Elend ausmündet. Er zeigte der Arbeiterschaft die Wege, welche sie nun zu gehen hat, und ermahnte sie, einig und geschlossen den Kampf mit dem Kapitalismus aufzunehmen, dann, aber auch nur dann wird die Gefahr, in welche wir durch die Folgen des Krieges gedrängt werden, beseitigt werden können. Er verwies ferner auf die Unfähigkeit der schwarzen und gelben Organisationen, in diesem gigantischen Ringen zwischen Kapitalismus und Proletariat auch nur das Geringste zu unternehmen. Das Referat des Genossen Erben wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dann sprach in tschechischer Sprache Sekretär Genosse Pech vom Brünnener Verbande, welcher insbesondere auf die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Kampfes beider Nationen hinwies. Genosse Pech berichtete über die bereits obenangeführten Schritte, welche die Organisation im Laufe der letzten Tage zur Verringerung der größten Not unternommen hat, und forderte die Arbeiter auf, in Anbetracht der ersten Lage jedweden Partei- und sonstigen Hader beiseite zu lassen und den Kampf geschlossen zu führen. Im gleichen Sinne sprach Genosse Macal, welcher beantragte, daß sich am nächsten Tag eine Deputation auf die Bezirksverwaltung begeben soll, welche nochmals die sofortige Errichtung der Paritätskommission verlangen muß. Dieser Antrag wurde angenommen. Großen Eindruck erweckten auch die Worte eines tschechischen Arbeiters, welcher an beide Nationen appellierte, den Nationalitätenhaß zu bekämpfen und gemeinsam gegen die gemeinsamen Ausbeuter aufzumarschieren.

Die Versammlung hat den Eindruck erweckt, daß die Arbeiterschaft von Hohenelbe voll und ganz den Ernst der Situation zu fassen vermag und daß nur im einheitlichen Kampfe der Unternehmernwille für eine Paroli geboten werden kann. Sollten in Hohenelbe die Verhältnisse sich aufs Äußerste zuspitzen, dann werden die Arbeiter Mittel und Wege finden, die für diejenigen sehr unangenehme Folgen haben dürften, welche das Proletariat dauernd provozieren.

Die Lohnverhältnisse bei der Firma Ddlofel in Prag-Bysofschan. Die Arbeiterschaft der Firma Ddlofel (Aktiengesellschaft für Brotverzögerung in Prag-Bysofschan) ist seit dem 31. August ohne Kollektivvertrag. Die genannte Firma hat mit diesem Tage den Kollektivvertrag gekündigt und gleichzeitig den Arbeitern die Beiträge, die sie in Naturalien lieferte, eingestellt. Ueber den neuen Kollektivvertrag wurde im Industriellenverband am 6. d. M. verhandelt, doch scheiterten die Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit der Firma Ddlofel. Die Vertreter der Arbeiterschaft wollten auf eine fünf- bis siebenprozentige Lohnreduzierung eingehen, während die Firma Ddlofel eine 20- bis 40-prozentige Lohnreduzierung und die Einstellung sämtlicher Naturalbeiträge forderte. Die Situation bei der Firma Ddlofel ist als eine verschärfte zu betrachten, da die Arbeiterschaft dieses Betriebes in einer Versammlung am 7. d. M. erklärte, daß sie auf die Forderungen des Unternehmers nicht eingehen könne.

Weitere Entlassungen in der chemischen Industrie. Die Fabrik für Randiten „Oriental“ in Oberherpitz hat ihren Betrieb eingestellt und die Arbeiter entlassen. Auch die Schokoladenfirma „Opp“ in Brünn entließ einen Teil der Arbeiter und arbeitet nurmehr zwei bis drei Tage in der Woche. In der Randitenindustrie herrscht im allgemeinen große Beschäftigungslosigkeit. Einige Fabriken halten die Lohnverträge ein, während eine ganze Reihe den Arbeitern die Löhne herabsetzt und die Arbeitszeit reduziert. Die Gewerkschaftsorganisation der chemischen Industrie hat den Industriellenverband wiederholt aufgefordert, den Lohnvertrag für die Randiten- und Schokoladenfabriken neu zu regeln. Der Industriellenverband hat aber vier Monate hindurch keinerlei Schritte unternommen, um einen neuen Vertrag zu bewerkstelligen. Der Industriellenverband hat zwar einen Entwurf ausgearbeitet, aber er enthält für die Arbeiterschaft unangenehme Forderungen. So sollen unter anderem die Löhne, die bisher an den Staatsfeiertagen ausgezahlt wurden, nicht mehr ausgezahlt werden. Die Löhne sollen um 25 Prozent erniedrigt werden. Dieser Vorschlag der Industriellen bezieht sich auf die Randiten- und Schokoladenindustrie. Da dieser Vorschlag für die Arbeiterschaft unannehmbar ist, wird es jedenfalls in diesem Industriezweige zu einem schweren Lohnkampfe kommen.

Die Forderungen der Textilwarenhändler. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, veranstalteten am Donnerstag abends die Textilwarenhändler in Prag eine Versammlung. Obwohl sie selbst konstatieren mußten, daß sie während des Krieges durch den Ausverkauf ihrer Lager reich geworden waren, erklärten sie, daß sie jetzt nicht zu niedrigeren Preisen verkaufen könnten. Das Blatt schreibt dazu: „Die ganze Versammlung machte den Eindruck einer ausgepukten Komödie, denn von einer Herabsetzung der Preise wurde überhaupt nicht gesprochen, sondern im Gegenteil, man forderte von der Regierung Schadenersatz für angeblich erlittene Verluste.“ Die Kaufleute fordern Aufhebung des Gesetzes der Umsatzsteuer, das Verbot des Einfusses der Textilware im Ausland, die Herabsetzung der Steuern, der Post-, Telegraphen- und Eisenbahn- und Posttarife und ferner, daß den Textilwarenhändlern durch eine angemessene Reduktion der Luxussteuer wenigstens ein Teil des Verlustes ersetzt werde, welchen die Kaufleute an der Luxussteuer erlitten, die sie früher zu hohen Preisen einkauften und nun noch lagernd haben. Gleichzeitig forderten sie von den Administratoren der Tageszeitungen, daß sie durch eine beträchtliche Herabsetzung der Inkassotarife eine durchgreifendere Reklame ermöglichen sollten. — Es ist unglücklich, welche Arroganz diese Kriegsgewinnler aufbringen, denen man ganz einfach die Herabsetzung der noch immer unglaublich hohen Preise der Textilwaren diktiert hat.

Lohnreduktion in den Maschinenfabriken. Einer Meldung der „Tribuna“ zufolge, ist es dem tschechoslowakischen Verband der Maschinenfabriken und mechanischen Gewerbe mit dem Sitze in Prag nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen über eine Lohnreduktion gelungen, eine Einigung zu erzielen, wonach die bisherigen Feuererzeugnisse um 10 bis 45 h für eine Stunde herabgesetzt werden, was fünf bis sieben Prozent vom Gesamtlöhne gleichkommt. Die Preisreduktion tritt mit 4. September l. J. in Kraft und bezieht sich auf alle Unternehmungen, die dem Kollektiv-Vertrag vom 6. Oktober 1921 beigetreten sind.

Die Krise in der Schuhindustrie. In Prag arbeitet nur mehr die Firma Lip-Top in Prag-Lieben. Doch auch diese Fabrik wird in der nächsten Woche geschlossen. Im ganzen haben bereits 60 Prozent der Schuh- und Lederindustrie den Betrieb eingestellt. In Trebitz sowie in Bodaun hat die Firma Budisovsch alle Angestellten und Arbeiter gekündigt. Auch die Brünnener Schuhindustrie steht vor dem endgültigen Stillstande. In Mähren arbeitet voll überhaupt nur die Firma Bata.

Eine ungeheuerer Kartoffelernte. Das gestrige Abendblatt des „Pravo Lidu“ berichtet, es gebe im böhmisch-mährischen Gesenke so viele Kartoffeln, daß es notwendig sein werde, eine große Masse noch auszuführen. Schon jetzt verkauft man dort das Kilogramm um 24 Heller.

Herabsetzung der Kohlensteuer und Verbilligung der Rohle im Kleinhandel. Nach der „Pr. Br.“ wird beabsichtigt, die Kohlensteuer generell herabzusetzen und die bestehenden Zuschläge abzuschaffen. Ueber das Ausmaß der Herabsetzung der Kohlensteuer kann man vorläufig nichts Bestimmtes sagen, doch steht es ziemlich fest, daß etwa ein Drittel der Kohlensteuer nachgelassen werden wird. Zugleich mit diesen Maßnahmen

soß auch hinsichtlich der Preisbestimmung eine andere Regelung stattfinden, damit die notwendige Elastizität bei der Preisstellung der Rohleindustrie gewährleistet wird. Selbstverständlich wird die Regierung bei diesem Einschreiten verlangen müssen, daß die Herabsetzung der Kohlensteuer in erster Linie den Konsumenten zugute komme. Wie das genannte Blatt hinzufügt, befaßt man sich in Regierungskreisen ganz ernstlich mit dem Plan, die Preisbildung auch im Kleinhandel entsprechend zu gestalten, damit die ungewöhnliche Vergrößerung der Kohlenpreise auf dem Wege zwischen dem Schacht und dem Konsumenten auf ein erträgliches Maß reduziert wird. Die diesbezügliche Gesetzesnovelle soll in der Herbstsession des Parlamentes zur Beratung und Beschlußfassung kommen.

Individuelle Lösung des Tarifproblems. Im Hinblick auf das Steigen des tschechoslowakischen Kronenwertes ist auch die Frage der Herabsetzung der Eisenbahntarife wieder aktuell geworden und bildete in den letzten Tagen Gegenstand der Beratungen im Ministerrat. Um den Forderungen der Industrie Rechnung zu tragen, wird nach der „Pr. Br.“ zur individuellen Lösung des Tarifproblems, zu einer Ermäßigung der Exporttarife geschritten werden, wo es die Verhältnisse der betreffenden Industrie besonders erfordern werden. Keine Herabsetzung der Tarife wird vermutlich für den Inlandsverkehr erfolgen, insbesondere für Unternehmen und Produktionszweige, die nur für den Inlandsbedarf und nur mit inländischen Produkten arbeiten. Dagegen werden die Inlandstarife für Transporte wichtiger Nahrungsmittel, wie Konsumartikeln usw. eine Herabsetzung erfahren. Nicht herabgesetzt werden jedoch die Personentarife.

Die wirtschaftlichen Forderungen der deutschen Gewerkschaften. In den Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise steht das Verlangen nach Einschränkung und Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln im Vordergrund. Auf diesem Wege sollen Einschränkungen des Verbrauches erzielt werden. Eine solche Maßnahme mag zwar zeitweilig unheilvoll sein, aber man muß sich dessen bewußt bleiben, daß sie eben nur eine Notstandsmaßnahme sein kann. Eine jede Einfuhrbeschränkung durch hohe Schutzzölle und Verbote ist bedenklich, denn sie verschärft den Gegensatz der Völker untereinander, wieweil den heimischen Produzenten große Gewinne in den Schoß, schafft oft eine kurzfristige, scheinbare Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern. Gerade im gegenwärtigen Augenblick aber wird eine solche Maßnahme die Veruche zu einer Wiederherstellung der Weltwirtschaft sehr erschweren. Denn sie wird der Stimmung gegen Deutschland nicht förderlich sein. Durch die Prämie der schlechten Valuta fühlen sich die Auslandsmärkte ohnedies aufs Äußerste von der deutschen Ware bedroht, und die fremden Interessenten haben überall Dumpingvorwürfe und Zollherabsetzungen durchgesetzt und spielen selbst mit dem Gedanken der Einfuhrverbote. In der Schweiz z. B. sind solche Einfuhrverbote um Schutze des Schweizer Marktes bereits erlassen worden. Schlägt man Deutschland denselben Weg ein, so gefährdet es sich dadurch selbst seine Zukunft, die es nur durch Ausgestaltung des Exportes sichern kann. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß der Luxuskonsum in Deutschland unbeschränkt bleiben darf. Der normale Weg hierzu wäre die Ausgestaltung der Steuererhebung, welche auch die hohen Einkommen so belastet, daß die Steuerträger zur Verbrauchseinschränkung gezwungen sind. Gegenwärtig wird es aber bei rasch veränderlicher Valuta schwer möglich sein, die Steuererhebung so auszubauen und vor allem so beweglich zu gestalten, daß dies Ziel erreicht werden kann. Daher ist auch für den Augenblick die von den Gewerkschaften geforderte Maßnahme zu billigen. Man muß nur darüber klar sein, daß es eine Notstandsmaßnahme ist und daß nach einer Stabilisierung der Verhältnisse gerade für die deutsche Volkswirtschaft wieder der freie Verkehr im Interesse der Arbeiterschaft angestrebt werden muß.

Die russische Transportkrise. Der Russische Rat für Arbeit und Verteidigung hat beschlossen, eine Reihe eiliger Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Transportarbeiter zu treffen. Bei dem Ernährungskommissariat wurde beantragt, alle Genossenschaften der Transportarbeiter und Angestellten in erster Reihe und zu festen Preisen mit Lebensmitteln zu beliefern. Dem Finanzkommissariat wurde der Auftrag erteilt, binnen einer Woche die Geldmittel zu beschaffen, um das seit vier Monaten rückständige Gehalt der Eisenbahner zu bezahlen. Die eiligen Maßnahmen des Rates für Arbeit und Verteidigung zugunsten der Transportarbeiter und Angestellten sind durch die Massenflucht der qualifizierten Eisenbahnarbeiter in die Dörfer und durch die Weigerung der Bahnangestellten hervorgerufen, weil der Dienst zu tun, wenn die Gehalts- und Lebensmittelfrage nicht geregelt würde.

Die Arbeitslosenversicherung durch die Industrien. An Stelle des gegenwärtig geltenden Systems der staatlichen Arbeitslosenversicherung denkt man in England ein neues System einzuführen, wonach die einzelnen Industrien für ihre Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit selbst aufkommen sollen. Im Gesetz von 1920 über die Arbeitslosenversicherung ist eine solche Lösung bereits vorgesehen, vorläufig jedoch in keiner Industrie durchgeführt worden. Die Befürworter dieses Systems gehören verschiedenen Gruppen an und vertreten verschiedene Gesichtspunkte. Der englische Staatsminister Geddes schlug es vor, um das Staatsbudget zu entlasten,

die Bilden Sozialisten unterstützen es, da dies System den Grundgedanken der industriellen Demokratie besser entspricht als das zurzeit bestehende; Industrien, in denen die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering ist, wünschen es in der Hoffnung von Ersparnissen an Beiträgen usw. Der englische Arbeiterrat (Joint Council), der die Vertreter der Arbeiterpartei sowie des Gewerkschaftskongresses und der parlamentarischen Vertretung der Arbeiter umfaßt, hat nun sämtliche Gewerkschaften zur Stellungnahme in dieser Frage aufgefordert und veröffentlichte das Ergebnis in einem umfangreichen Bericht. Für die Arbeitslosenversicherung durch die Industrie stimmten 43 Gewerkschaften mit 1,2 Mill. Mitgliedern, darunter die Gewerkschaften der Eisen- und Stahlindustrie und der kaufmännischen Angestellten. Dagegen und für Beibehaltung des gegenwärtigen Systems 21 Gewerkschaften mit 2,6 Millionen Mitgliedern, darunter die Eisenbahner, Berg- und Bauarbeiter. Dies Ergebnis hat den Arbeiterrat veranlaßt, Lösungen vorzuschlagen, welche beide Arten der Arbeitslosenversicherung ermöglichen und miteinander in Verbindung bringen sollen. Das staatliche System soll in den Regel über dem Durchschnitt ist, aufrechterhalten werden, mit erhöhten Beiträgen des Staates, damit der Staat für die Behebung der Arbeitslosigkeit alle möglichen Maßnahmen ergreife. Die Beitragslast der Arbeiterschaft soll dagegen vermindert werden. Die anderen Industrien könnten die Versicherung selbst durchführen. Die Kosten der Versicherung müssen als Produktionskosten betrachtet werden, so wie dies bereits jetzt bei den Baugilden der Fall ist, wo der Auftraggeber über den Baupreis hinaus noch zur Leistung einer besonderen Risikoprämie für Arbeitslosigkeit gehalten wird. Dieses System ist in der Baumwollindustrie während des Krieges bereits mit Erfolg angewendet worden. In einigen anderen Industrien sind die Entwürfe zwar schon vorhanden, jedoch noch nicht durchgeführt. Diese sind: die Wollindustrie, in der sieben Zehntel der Beiträge von den Arbeitgebern eingezahlt werden sollen, die graphische Industrie, wo der Plan eine Entschädigung auch für Kurzarbeit vorsieht, die Zündholzindustrie, wo die Entschädigung von der Höhe des Lohnes abhängig gemacht wurde. Es sei hier noch bemerkt, daß die Arbeitslosigkeit in England im Monat August noch außerordentlich hoch war, sie betrug 14,6 Prozent sämtlicher Arbeiter. Am höchsten war sie im April d. J., wo sie 17 Prozent betrug.

Die Entwicklung der Reallohne. Das Internationale Arbeitsamt berichtet über die Lohnentwicklung seit 1914. Demzufolge war es nur eine ganz kurze Periode i. J. 1921, in welcher der Reallohn in den großen Industrieländern gegenüber der Vorkriegszeit sich ein wenig gehoben hat. Die Wirtschaftskrise hatte die Arbeiterschaft in erster Linie durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit getroffen, erst in der letzten Zeit ist der Reallohn selbst bei vollbeschäftigten Arbeitern in vielen Ländern gesunken. So ist z. B. der Reallohn in England gegenwärtig in drei großen Industriezweigen, Bergbau, Maschinenindustrie und Baugewerbe wesentlich unter dem Vorkriegsstand und ist niedriger, als die Indexziffern für die Kosten der Lebenshaltung. In sämtlichen Ländern war zu beobachten, daß der Abstand zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter abgenommen hat; letztere konnten ihren Reallohn vielfach erhöhen. Die Reallohne der öffentlichen Beamten und Staatsarbeiter sind geringer als vor dem Kriege. Die Entlohnung der Frauenarbeit ist seit dem Kriege verhältnismäßig besser als die der Männer.

Kurve der Valuten. Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 17.50 Berlin Mark 45.19

Zürcher Schlusskurse (Devisen).

Paris	638.50	Paris	40.85
Wien	0.0075	Narland	22.85
Prag	17.50	Budapest	0.22
Holland	205	Agram	1.80
New York	5.27	Warschau	0.0775
London	23.51	Wien gest.	0.0057

Kunst und Wissen. Der Wertvoll. (Erstaufführung im Neuen Theater.) Die komplizierten Probleme, die den mehr- und minder gelungenen Erzeugnissen zeitgenössischer Dramatiker den charakteristischen Zug aufdrücken, weichen in diesem Lustspiel einem „Problem“, das sich mehr mit einer primitiven körperlichen Funktion beschäftigt. Um an gewissen französischen Schwänken, die ebenfalls die Nabelgegend zum Gegenstande ihrer lustigen Betrachtungen machen, keinen Gefallen zu finden, müßte man teufisches Empfinden mit Beschränktheit verwechseln. Doch wie lustig, frisch und unausdrücklich verstehen die Franzosen solche Delikatessen zu servieren. Der Autor des „Wertvolles“ jedoch ist mehr für Bauernkost. Einige derbe Jöden (selbst Wöh von Verdingens) berühren Anspruch wird wichtigerweise in Anspruch genommen, hier und da ein aufgebauschtes Paradoxon, um auch „literarisch“ zu sein, etwas ranziges Gefühlsmalg und — das „erotische Lustspiel“ ist

Werbet und abonniere!

Ausschnelden und einsonden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab 192
monatlich 16 Kc — vierteljährlich 48 Kc
— halbjährlich 96 Kc — ganzjährlich
192 Kc — (nicht Zutreffendes durch-
streichen) das in Prag täglich erschei-
nende Zentral-Organ der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in
der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo
nám, 32.

Vor- und Zunamo

Deutlich schreiben!

Beruf

Ort, Bezirk

Straße und Nr.

fertig. Der beneidenswerteste Verfasser (o Tantiemen!) hat sich mit der Erfindung der übrigen nicht schlecht gelungenen Fabel weniger Mühe gegeben, als mit dem Erfinden handgreiflicher Situationen und Eindeutigkeiten, für die seine beste Rechtfertigung darin liegt, daß sie vom Zuhörer belacht werden. Ein schüchternes Dauslehrer wird von einem Spiritisten in den Ruf eines „Wervolfs“ gebracht, dessen Leistungen auf dem Gebiete sexueller Betätigung wahrhaft imponant sind. Das genügt, um den schuldlosen „Wervolf“ zum Anziehungspunkt für die auf und hinter der Bühne auftretenden Personen weiblichen Geschlechtes zu machen, die sich alle drängen, an der beneidenswerten Eigenschaft des Dauslehrers zu partizipieren. Die traurige Satire gelang dem Autor vorzüglich. Der Erfolg zeigt sich allerdings nicht in der Qualität des Stückes, sondern im begeisterten Beifall des ansehnlich vertriebenen Publikums. Gar Mancher und Manche mag sehr bedauert haben, daß vor den besten Komikern der Vorhang fiel. Für dieses Publikum mag der freitägige Abend einen Höhepunkt bedeuten haben: Sah es doch die von ihm höchstgeschätzte Kunstgattung endlich im Theater verwirklicht: den Mitoschwitz.

Die sehr gute Darstellung hat ihr Möglichstes, um das, worauf es ankommt, möglichst abzuschwächen. Frau Kessel, Frä. Dierts, die Herren Reinhardt, Heim, Eggert und Hörbiger waren vielleicht diskreter, als es dem Autor und seinen Bewunderern lieb sein mochte. Die jungen Mädchen im Zuschaueranterior hielten sich höflich. L. K...a.

„Lohengrin“ von Richard Wagner. Neues deutsches Theater, am 6. September 1922. Unser Opernbetrieb will nach den Sommerferien gar nicht recht ins Geleise kommen. Die ersten Opernaufführungen seit Wiedereröffnung der Spielzeit woten bisher mit Ausnahme einer gerundeten „Waffenmusik“-Aufführung wenig Erfreuliches. Dem „Lohengrin“ am Mittwoch ist es in nichts besser ergangen, als seinem älteren Bruder „Tannhäuser“ am vergangenen Sonntag; er erlief eine wenig ehrenvolle und dem Range unserer Bühne kaum entsprechende Wiedergabe. Noch einige solche mißglückte Opernvorstellungen, — und das leicht begeisterte Prager Publikum lernt auch, auf seinen geliebten Wagner verzichten, ehe es ihn in problematischer Form annimmt. Herr Raab mühte sich mit dem Lohengrin ab, so gut dies seine stimmlichen Mittel zulassen; diese Befangenspartie erfordert aber vor allem das, was deren Nachod unbedingt fehlt, nämlich glaubwürdige Sieghaftigkeit der Stimme. Käthe Raab von der Wiener Volksoper war als Elsa

genau so illusionenunvollkommen wie jüngst als Elisabeth im „Tannhäuser“. Warum mühen wir überhaupt unsere musterhafte und stilvollkommene eigene Elsa Fräulein Müller zu vernichten? Das vollkommen überflüssige Gastspiel Käthe Raab verlangt in dieser Hinsicht Aufklärung. Was der sonntägige „Tannhäuser“ an Leidenschaftlichkeit und Beschleunigung der Zeitmaße im Uebermaße bot, machte diese „Lohengrin“-Aufführung an verschleppten, breiten Tempis doppelt wett. —ek.

Tschechisches Nationaltheater. Als Festaufführung zum Gedächtnis Brächtichs wurde „Der Liebeshof“, Lustspiel in 3 Aufzügen neu einstudiert und aufgeführt. Brächtich hat sehr um den Erfolg des Dramatikers gerungen, aber nur „Die Nacht auf dem Karstein“ hat sich auf dem Spielplan zu erhalten vermocht. Der „Liebeshof“ ist eines seiner ersten Stücke, ein romantisches Spiel, das in Avignon zur Zeit, da es Residenz des Papstes war, spielt, und ein Liebesgeplänkel zum Gegenstand hat. Der erste Akt ist der lebendigste, später überwiegen lyrische Momente zum Nachteil für die dramatische Wirkung. Flüssige Verse und poetische Schönheiten verstehen sich bei Brächtich, der das Stück in drei Tagen geschrieben hat, von selbst. Wunderlich scheint es heute, daß die Zensur seinerzeit die Aufführung verboten hat. O unschuldige Zensur! — Das Lustspiel war mit großer Sorgfalt inszeniert, die äußere Ausstattung wies viele hübsche Details auf, die jedoch von dem unruhigen, allzu farbenreichen Hintergrund teilweise verschluckt wurden. Auch die Aufführung war durchaus würdig und repräsentabel. Die Heldin Franetta, die Vorführende des Liebeshofs, gab Frau Raabova geschmackvoll und lebhaft, unter den Damen des Hofes wirkte die Tochter des Dichters, Eva, verständnisvoll mit. Unter den Herren seien der Sekretär (Herr Jicinský) und die beiden Troubadoure (die Herren Káren und Kóhous) besonders genannt. Das Haus war in allen Räumchen besetzt und nahm die Aufführung mit herzlicher Wärme auf. Dr. L. A.

Neues Theater. Heute, den 10.: nachmittag „Und Bippa tanzt“, abends „Bajadere“; Montag, den 11.: „Bajadere“; Dienstag, den 12.: „Wervolf“; Mittwoch, den 13.: „Jugende“, „Djamiš“; Donnerstag, den 14.: „Bajadere“; Freitag, den 15.: „Papa“; Samstag, den 16.: „Vettelstudent“; Sonntag, den 17.: nachmittag: „Das verwunschene Schloß“, abends „Bajadere“; Montag, den 18.: „Königskinder“.

Kleine Bühne. Heute, den 10.: „Am Teufel“; Mittwoch, den 12.: „Rantragala“; Donnerstag, den 14.: „Wervolf“; Samstag, den 16.: „Wervolf“; Sonntag, den 17.: „Papa“.

Aus der Partei.

Die Prager Genossen und Genossinnen werden um regste Agitation für die am Mittwoch, den 13. September 1922, 8 Uhr abends im großen Saal der „Urania, Smečlagasse, stattfindende Öffentliche Versammlung gebeten. Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse. Referent: Gen. Dr. Emil Strauß, Redakteur des „Sozialdemokrat“.

Volatorganisation Weinberge—Russe—Brodovic. Donnerstag, den 14. September, abends 8 Uhr Versammlung im Vereinslokale „Konopischer Bierhalle“, Weinberge, Rubefgasse 7. Wichtige Tagesordnung. Wir erfordern die Genossen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Turnen und Sport.

D. S. C. gegen Union Břilow 7:3 (4:1).

Auch im gestrigen Spiel zeigte sich der oft besprochene Mangel der D.S.C.-Mannschaft: ihr schwaches Hintertspiel. Sowohl Lasse, als auch diesmal Schlap spielten unter dem bescheidensten Durchschnit. Die hohe Tor Differenz entspricht nicht den tatsächlichen Spielverhältnissen. Günstig wird sie einerseits durch die kolossale Schußbereitschaft der D.S.C.-Stürmer, andererseits durch das versahrene Spiel der Union-Mannschaft, deren Form im Vergleich zu den vergangenen Saisonen merklich zurückgegangen ist. Ihr vielgerühmter Goalmann Kaliba ist ein Galeriesteuer, dem seine Extratouren diesmal nicht glimpflich abließen. Gut war die linke Seite Unions, Cijak und Dvořák, weiter die beiden Verteidiger. Der Rest spielte mäßig. Der D.S.C. nahm seine Aufgabe in der ersten Spielhälfte ernst und spielte mit Eifer; in der zweiten Halbzeit gab die Mannschaft das Spiel auf und beschränkte sich auf planloses Herumtollen; bei einem ersteren Gegner, als ihn Union derzeit darstellt, wäre es den Deutschen nicht gut ergangen. Sehr gut Leß (vor seiner Verletzung), Heller, Patek und Vitu.

AC. Sparta gegen Rapid-Wien. Die beiden Mannschaften treten heute in folgender Aufstellung an: Rapid: Vanler; Stejskal, Schlosser; Niesch Brandstätter, Wessels; Bauer, Urdil, Rulhan, Wittka, Wandrat. Sparta: Veyr; Hojer, Bospilil; Ferner, Rada, Kolenath; Gerdevy, Sroubel Vilat, Janda, Kobal. — Schiedsrichter Znidel-Wissen.

Allgemeines vom Fußball. Die Prager Slavia war vorgestern mit zwei Mannschaften in Mähren: die erste davon ersocht in Brünn einen

überlegenen Sieg gegen die Morab Slavia mit 6-1 (1-0), während die Erjasmannschaft der Slavia in Prosnitz geg. EA. Prosnitz 2-2 (0-0) unentschieden spielte. — In Brünn schlug vorgestern Vorwärts die Amateure Brünn 1-0, während Maffabi gegen Dertba 2-0 spielte. — In Pilsen siegte Meteor Radno gegen das Polizeiteam 2-1, Viktoria Pilsen gegen Sparta Smichov 6-0, EA. Pilsen gegen EA. Pilsen 3-0. — In Mähr.-Ostrau spielte Mähr.-Ostrauer Sport-Club gegen EA. Mor. Ostrova 6-1, Slovian gegen Ostrova Slavia 10-0, Hanacka Slavia Kremier gegen Maffabi Mähr.-Ostrau 3-0. — Der Floridsborfer AC, Wien, spielt heute in Brünn gegen die Mor. Slavia. — In der tschechischen Meisterschaft 1. Kl. werden heute ausgetragen: Radno Sparta gegen EA. Radno, Ruselitz EA. gegen Sparta Rodife. — In Wien spielt heute M.A. mit den Amateuren, die Wäzburger Riders gegen Hakoob.

Leichtathletik. Kurmi verbessert den 2000 Meter-Weltrekord. In Tammerfors, Finnland, konnte am Montag B. Kurmi den seit 1918 von Jander-Schweden mit 5:34 gehaltenen Weltrekord über 2000 Meter vier Sekunden zu drücken und so mit der wunderbaren Zeit von 5:26.3 eine neue Weltbestleistung aufstellen. — Neue finnländische Rekords. Beim Meeting des H.A. in Helsingfors lief Wilen 200 Meter in der neuen Rekordzeit von 24 Sek., während Håro über 100 Yards mit 10.1 Sek. eine neue Bestleistung schuf. Im Diskuswerfen schlug Kiltymaa mit 43.97 Meter den Altmeister Taipale, welcher 42.42 Meter erreichte. Die Finnen senden ein starkes Team nach Paris, wo am 24. September der Länderwettkampf gegen Frankreich ausgetragen werden soll.

Flugwesen. Nach einer Meldung des „Matin“ haben zwei Flieger die Strecke Paris—Marseille in 2 Stunden 10 Minuten zurückgelegt, was einer mittleren Stundengeschwindigkeit von 242 Kilometern entspricht. — Die „Eco de Paris“ mitteilt, hat der französische Flieger Passoutrot den Sieger im Segelflug-Wettbewerb in der Rhön Gengen zu einem Wettbewerb mit motorlosen Flugzeugen herausgefordert. Er hat sich bereit erklärt, zu diesem Zwecke nach der Rhön zu kommen.

Das Motorrennen in Mailand. Bei den Motorrennen, Kategorie 500 Kubikmeter auf 400 Kilometer in Mailand errang Guesia in 3 Stunden 57 Minuten 27 Sekunden den großen Preis.

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Ähnen-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Dolk.

Amerikanische Addiermaschinen „DALTON“
344 Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, MERCEDES
Amerikanische
„MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
la. Farbbänder und Karbonpapier
„Courant-Spitzmaschinen“
L.u.G. Halphen Prag
Mikuláská 22/4. Telefon 2342.
Fillale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Bureaumaschinen.

Materialwaren en gros
MEFIŠTO Ofenglanzpaste in Dosen,
„KIKIRIKI“ Arabendes Gepäckpulver,
Eierersatz,
„BRUNIN“ Teiggewürze,
„KYPIK“ Backpulver, Hofeinsatz,
VANILINZUCKER garantiert rein,
erzeugt und liefert 680
Vincenz Joh. Brun,
Prag-Karolinenthal.

Große Preisreduktion
Blauer 1045
Matrosen-Anzüge
3-11 Jahre, erstklassige Ausführung u. Stoff
Exposition in den Auslagen
Spezialhaus Ferd. Hirsch, Prag, Zelená 14.
Fillale: Národní tř. 37, „Platteis“.

Das Beste für Ihre Augen
Liefert **OPTIKER DEUTSCH**, Prag.
Graben 25, Kleiner Bazar. 880



PREISAUSSCHREIBEN

Das Ausschneiden und Zusammenstellen einzelner Teile der nebenstehend abgebildeten Figur ergibt ein Bild der bekannten PALMA KAUTSCHUK-ABSATZE und PALMA KAUTSCHUK-SOHNEN. Für die richtige Lösung sind folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis Kc 1000.—	3. Preis Kc 250.—
2. „ „ 500.—	65 Preise à „ 50.—

Die ausgeschlittenen Teile sind zusammenzustellen und auf eine Karte geklebt, welche mit genauen Namen und Adresse des Einsenders versehen ist. bis

20. Oktober l. J.

an die PALMA KAUTSCHUK GESELLSCHAFT m. b. H., PRAG, II. Petřská 9 einzusenden.
Die Namen der prämierten Einsender werden in den Tagesblättern verlautbart.

PALMA KAUTSCHUK GESELLSCHAFT m. b. H., PRAG, II.
Petřská 9.

Unserer beste Bezugsquelle für billige böhmische
Bettfedern! 1 Also große, gute
Schlaffedern, 25
K. halbe, gefüllte 20 K. weiche,
kumige, gefüllte 40 K. 50 K. 60 K.
feinere Halbbaum-Deckschlaffedern
K 20, 30, 40 Bon 5 also aufwärts franco.
— Berlin gefüllte Tuche, circa 180/120 cm groß,
aus prima dinstäbigen Ranting, K 160, 210, 260, 300.
Roblifen, circa 80/90cm, K 45, 58, 74, 108. — Versand
gegen Rücknahme, Untausch gestattet oder Geld retour.
— Ausländische Preisliste kostenlos. — 1021
S. Senisch, Kz. Weinberge,
Aramerinagasse Nr. 26/28 (früher Defcenty) Böh.

Piering-Seni u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Verelnen.
Gegen die modernen Gößen
schreibt Heinrich Mann in einem Romanen Der Untertan, Professor Unrat, Die Armen, Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die
Buchhandlung Freibeit
Tepliz-Schönan,
Theresienstraße 18.

Südosthandel G. m. b. H., Hamburg.
Grünhut & Fanta, G. m. b. H., Prag.
Amerikan. u. ungarisches Mehl, amerik. Schmalz u. Speck, Reis.
Lieferung nur in Großabnehmer. — Telegramme: „Trifolium“ Prag. — Telephone: Prag 1581, 30126.
Vertreter und Lager in allen größeren Städten der Republik. 1040

SANA SANA
MARGARIN MARGARIN
HLOUBETIN HLOUBETIN

Teemargarine allgemeine Konsummarke!

Ailbewährt ist **Spaleks**
Czeruosecker Weinstern Essig
er ist und bleibt der beste.
Weinessigfabrik
Quido Spalek Sohn, Leitmeritz.
Modernst eingerichteter Gärungsprodukt. 886

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
von der
Morris Packing Company, Chicago.
Vertr.: Wlh. Schlesinger & Co., Prag-Karlin.